

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 28

SOS
MITMENSCH

2€
DARON 1 EURO
FÜR KOPORTAGE

GAY COPS
im Gespräch

GRIECHENLAND
Jagd auf MigrantInnen

BM SPINDELEGER
auf Mission in Nigeria



POLIZEI SUCHT:

NEUES JOBPROFIL

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschweren, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
PSK 91000590, BLZ 60000



Supersheriff ist out. Gesucht: Der Polizist als Mediator.
Illustration: Eva Vasari

Liebe Leserin Lieber Leser

Wer kennt nicht die Bilder von Einsatzgruppen, die sich an Gebäuden abseilen, Terroristen überwältigen, kurz, einen heroischen Auftritt liefern. Auch wenn das natürlich nicht der Arbeit auf Bezirkskommissariaten entspricht, prägen solche Bilder die Außenwahrnehmung und das eigene Selbstverständnis gleichermaßen. Bestrebungen, Folder, mit denen junge Polizisten und Polizistinnen angeworben werden sollen, anders zu gestalten als mit Action-Botschaften, gibt es bereits. Das könnte auch Enttäuschungen ersparen. Der Kriminalsoziologe Reinhard Kreissl erklärt im Interview, dass 80 Prozent der Arbeitszeit für Papierkram draufgehen. Auch sonst sei man mehr mit Fahrraddiebstählen, Wohnungseinbrüchen und besoffenen Männern beschäftigt. Gefragt sind also Beamte mit sozialen Kompetenzen, die sich im öffentlichen Raum als Mediatoren und Vertrauensleute bewegen. Ohne Handschellen und Waffe, wie Kreissl betont. Dieses Job-Profil würde auch für das Modell des Community-Policing passend, bei dem Anwohner, Polizei und Verwaltung gemeinsam das Lebensumfeld gestalten. Präventiv, sozusagen. Eine Polizeisprecherin in Wien, wie sich für diese Geschichte im aktuellen MO herausstellte, kannte es aber nicht einmal. Noch viel zu tun im Polizeiapparat, der sich vom autoritären Top-Bottom-Ansatz des Innenministers Ernst Strasser nur langsam erholt, wie man hört...

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:
Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder),
Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Nasila
Berangy, Martin Schenk, Philipp Sonderegger,
Hanna Silbermayr, Olivera Stajic, Sonja Fercher,
Niko Katsivelaris, Eva Simmler, Andrea
Lammers, Nina Kreuzinger, Klaus Ottomeyer

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Thomas Just, Susanne Drexler,
Andreas Görg

GRAFIK: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschen-
rechte, Demokratie und Migration. Der Nach-
druck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle
und Übersendung von Belegexemplaren aus-
drücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien
liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e Urhe-
ber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Foto: Karin Wasner

21 GAY COPS

Wie ergeht es einem, wenn man sich als schwuler
Polizist outet? Ein niederösterreichischer Polizist
rät jedem, das zu tun. Auch wenn das im weißen
Hetero-Männerverein nicht leicht fällt.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

7 HANDLUNGSBEDARF

Ethnic Profiling ist verboten – warum wird es
dennoch praktiziert?



Barbara Mungenast, Foto: Ernst Kainerstorfer

15 TOUGHE SILHOUETTE

Werden Polizeiuniformen martialischer? Die
Designerin und Künstlerin Barbara Mungenast
über ihre Entwürfe für die aktuellen Uniformen.

Dossier

8 DAS GRÖSSTE PROBLEM IST LANGWEILE

Der Soziologe Reinhard Kreissl über falsche
Erwartungen an das Berufsbild der Polizei.
Interview: Clara Akinyosoye

12 DEMOKRATISIERUNG DER SICHERHEIT

Das Modell Community Policing bietet die
Chance, das soziale Umfeld zu gestalten.
In Österreich ist es eher unbekannt.
Text: Nasila Berangy

15 MACHT, KRAFT UND IDENTITÄT

Barbara Mungenast, Designerin der neuen
Polizeiuniformen, im Gespräch.
Interview: Philipp Sonderegger

16 APPARAT MIT SCHWACHSTELLEN

Das Fremdenrecht ist eine Dauerbaustelle.
Und schon wieder wird umgebaut. Über jene,
die schwer an den Folgen tragen.
Text: Gunnar Landsgesell

19 EINGESPERRT ZU SEIN IST NICHT ANGENEHM

Der Chef der Fremdenpolizei Johann Bezdeka
über den Willen zu Reformen.
Interview: Gunnar Landsgesell, Alex Pollak

21 VIELE KOLLEGEN HABEN EIN KOMISCHES BILD

Roman Schatzer vom Verein GayCopsAustria
über seltsame Ängste von Polizisten.
Interview: Niko Katsivelaris



Foto: photonews.at/Georges Schneider



Foto: Karin Wasner

26 ASYLANTRÄGE „ABBAUEN“

Bei Abschiebungen kooperiert die nigerianische Botschaft nur ungenügend, so ist zu hören. Außenminister Spindelegger reiste also nach Nigeria, um Rückführungen vertraglich zu optimieren.

8 NICHT WIE SYLVESTER STALLONE

Der Kriminalsoziologe Reinhard Kreissl plädiert für ein neues Leitbild bei PolizeibeamtInnen. Gefragt seien soziale Kompetenzen und nicht Actionhelden. Auch wenn das viele anders erwarten.

NGOs / Welt

24 DER UNFREIHEIT AUF DER SPUR

Der Menschenrechtsbeirat wurde neu aufgestellt. Was bringt die Leitung durch die Volksanwaltschaft?
Text: Philipp Sonderegger

26 GUTE BEZIEHUNGEN

Außenminister Spindelegger reiste nach Nigeria, um Abschiebungen zu erleichtern. Was denkt die nigerianische Community?
Text: Sonja Fercher, Hanna Silbermayr

29 KALTE SCHAUER

Seit die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ im Parlament vertreten ist, wird in Griechenland zunehmend von Angriffen auf MigrantInnen berichtet.
Reportage: Eva Simmler

32 NACH DEM PUTSCH

Das Volk der Lenca setzt sich in Honduras gegen den Ausverkauf ihres Landes durch Politik und Konzerne zur Wehr.
Reportage: Andrea Lammers, Nina Kreuzinger

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Dumm in der Dresdner Straße. Wie das AMS Menschen narrt.
Aufgezeichnet von Gunnar Landsgesell

38 KOLUMNEN

STEREOTYPE THREAT
Martin Schenk über die Kunst, Menschen zu schlechteren Leistungen zu bringen.

KAPITÄN OHNE KOMMANDO
Philipp Sonderegger über einen Kanzler, der verkündet, das Steuer nicht mehr in Händen zu halten.

ENDLICH ANGSTFREI!
Olivera Stajic über Medien, die an den Lippen von Sebastian Kurz hängen.

40–43 POPULÄRKULTUR

Rezensionen über „Tradition und Traditionalismus“, über Ed Moschitz' Kinofilm „Mama illegal“ und Robert Misiks jüngste Publikation „Halbe Freiheit“.
2x5 Dinge: MO-Kolporteur Valerica Pacuraru

41 SPOTLIGHT

Dich schickt der Teufel! Josef Bock, Vereinsobmann von „Fair & Sensibel – Polizei und Afrikaner“ im Porträt.
Text: Clara Akinyosoye

45 SOS MITMENSCH

Bleiberechtserfolg und Bundesamtsflop.

46 ANDERE ÜBER ...

Der in Klagenfurt lehrende Psychologe Klaus Ottomeyer über „Das System Haider“.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Foto: Karin Wasner

Interview Marterbauer

Vermögenssteuern anpassen

Im Interview spricht der Ökonom Markus Marterbauer davon, dass die „notwendige Besteuerung von Vermögensbeständen“ in Österreich nicht gelungen sei. Hinsichtlich des Anteils der Vermögenssteuern am gesamten Steueraufkommen sei „Österreich mit Tschechien Schlusslicht unter den Industrieländern“. Das klingt – Stichwort gerechte Verteilung – dramatisch und ist es auch: In Österreich beliefen sich die Einnahmen aus Vermögenssteuer 2008 auf 0,5 Prozent des BIP. Der OECD-Durchschnitt beläuft sich auf 1,8 Prozent. Selbst die Schweiz kam auf 2,2 Prozent, die USA auf 3,2 Prozent. Marterbauer weist zu Recht da-

rauf hin, dass der Anteil der Vermögenssteuern deshalb so gering ist, weil der Reichtum zum Großteil in den Werten und nicht im Einkommensbereich zu finden ist. Deshalb ist auch der Einwurf falsch, Österreich habe zwar eine geringere Vermögenssteuer, aber – im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern – einen Spitzensteuersatz von 50 Prozent. Genau über dieses Instrument ist eben das wachsende soziale Ungleichgewicht nicht mehr auszugleichen ...

Andreas Hebling, Wien

Interview Marterbauer II

Progression

Progression kommt in den Medien am häufigsten in Zusammenhang mit dem Anstieg des

Steuersatzes vor. Warum spricht man nicht auch über die Progression an Superreichen? Österreich hat Privatvermögen betreffend pro Kopf die EU-weit meisten Superreichen! Auch ein SP-Kanzler kann offenbar nicht verhindern, was sich mit dem sogenannten Finanzboom seit den 90er Jahren einstellt: dass wir uns den Verhältnissen der USA annähern. Während die „Superreichen“ mehr besitzen als das BIP eines Jahres in Österreich, werden Selbstbehalte bei sozialen Leistungen (Krankheit) hochgezogen. Ist es wirklich notwendig, dass man jemandem im Gesicht ansieht, dass er wenig Geld hat, nur weil er sich den Zahnarzt nicht leisten kann?

Sandra Wechselberger, Wien

Beitrag Ulrich Brand

Wir werden entsolidarisiert

Das, was der Politologe Ulrich Brand in seinem Beitrag „Die Ankurbelung der Solidarität“ analysiert, ist voll zu unterschreiben. Es ist unser Gesellschaftsmodell selbst, das ein Gefühl der Solidarität langsam korrumpiert. Anteilnahme mag der Natur des Menschen zu eigen sein, ist aber kein neutral bestehender Wert, sondern soziokulturell vermittelt und gelernt. Wer aber die ganze Zeit nach Einsparungen und Effizienz schreit und andere „madig“ macht, die einem etwas „wegnehmen“, wird schon von Kind an auf andere Werte eingeschworen. Das wieder abzulegen wird vielleicht erst der nächsten Generation wieder gelingen – sofern diese Entwicklung gestoppt wird.

Gernot Scheibmayer, Wien

Wer zahlt den Preis?

Nur Transparenz hilft

Die hier von der Industrie aufgeworfene Frage, dass Textilien fairer produziert werden könnten, wenn die Konsumenten und Konsumentinnen bereit wären, 10 oder 20 Cent mehr zahlen würden, hat einen Haken: Wer garantiert einem, dass sie auch bei den Näherinnen ankommen? Wir kommen um transparente, nachvollziehbare Produktionsbedingungen nicht herum!

Sabine Wasinger, Wien

RASSISMUS

Hautfarbenkontrolle

Eine Frau hat gegen „Ethnic Profiling“ geklagt – und gewonnen. Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe ist verfassungsrechtlich verboten.

Kommentar: Alexander Pollak

Juni 2001: Eine schwarze Österreicherin fährt mit ihrer vierjährigen Tochter im Zug. Während und nach der Zugreise werden beide aufgrund ihrer Hautfarbe mehrfach von Beamten durchsucht. Anschließend wird die Frau auf die Polizeiwache gebracht. Unter der Androhung, sie 48 Stunden festzuhalten und von ihrer Tochter zu trennen, wird sie zu einem Körperröntgen genötigt. Alle Durchsuchungen bleiben ohne Resultat. Zwei Jahre später entscheidet der Verfassungsgerichtshof, dass die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte der Frau und ihrer Tochter verletzt wurden. Das Verfassungsgericht beruft sich dabei auf das Verfassungsgesetz zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung: „Gesetzgebung und Vollziehung haben jede Unterscheidung aus dem alleinigen Grund der Hautfarbe, der Abstammung oder der nationalen oder ethnischen Herkunft zu unterlassen.“

September 2009: In Wien lebende GeorgierInnen und MoldawierInnen erhalten, ohne dass konkreter Tatverdacht besteht, Besuch von der Polizei. Wie sich herausstellte, hatte das Innenministerium eine Melde-datenabfrage gestartet und die Polizei ange-

wiesen, alle gemeldeten Personen der beiden Nationalitäten zu kontrollieren. Innenministerin Maria Fekter verteidigte die Weisung und bestritt, dass es sich um Ethnic Profiling gehandelt hätte. Also um Polizeikontrollen, die ohne konkreten Tatverdacht allein aufgrund nationaler Zugehörigkeit oder äußerer Merkmale wie der Hautfarbe durchgeführt werden.

Juli 2012: Bei einer U-Bahn-Schwerpunktaktion der Wiener Polizei stellt das anwesende ORF-Team fest, dass ausschließlich Personen mit dunkler Hautfarbe kontrolliert werden. Wiederum dementiert die Polizei, sie führe Ethnic Profiling durch. In der Folge meldet sich ein Betroffener bei SOS Mitmensch, der berichtet, dass er einen Kriminalbeamten, der ihn angehalten hatte, gefragt habe, warum gerade er ständig auf der Straße kontrolliert werde. Der Kriminalbeamte antwortete: „Wie soll ich denn meinen Job machen, wenn ich nicht ausländisch aussehende Leute wie Sie kontrolliere?“

2001, 2009, 2012 – in Sachen rassistisches Ethnic Profiling scheint die Zeit in Österreich still zu stehen. Das wirft eine Reihe von Fragen auf:

1. Herrscht bei der Polizei tatsächlich noch der Glaube vor, man könne es Menschen ansehen, ob sie AusländerInnen sind?

2. Ist es den Sicherheitsbehörden egal, dass Ethnic Profiling bei vielen Menschen die Vertrauenswürdigkeit der Polizei untergräbt?

3. Sind dem Innenministerium nicht die Studien aus Großbritannien bekannt, die belegen, dass Ethnic Profiling ineffektiv ist und Ressourcen bindet, die anderswo besser eingesetzt werden könnten?

4. Wie kann die Regierung wegschauen, wenn Polizeimethoden angewendet werden, die Grundrechte verletzen und enormen gesellschaftlichen Schaden anrichten? Ethnic Profiling schafft zwei Klassen von Menschen. Die Identität und die Würde der betroffenen Menschen werden attackiert. Das Zusammenleben und die rechtsstaatliche Autorität des Staates werden untergraben. Rassismus ist in Österreich verfassungsgesetzlich verboten. Es ist die Pflicht von Politik und Behörden, gegen alles vorzugehen, was dieses Verbot untergräbt. Einen besonders harten Kampf haben die staatlichen Einrichtungen dabei wohl gegen sich selbst zu führen.

Die Zeit-im-Bild-Moderatorin Claudia Unterweger und Angela Merkel ... Welche dieser beiden Personen sieht „ausländisch“ aus?



DAS GRÖSSTE PROBLEM IST LANGeweile

Die Polizei sitzt einem genialen Selbstmissverständnis auf, sagt der Soziologe Reinhard Kreissl. Sie patrouilliert mit Gummiknüppel, Handschellen am Gürtel und Waffe durch den öffentlichen Raum. Doch die meiste Kriminalität findet ganz woanders statt. Öffentlich bräuchte man vor allem gute MediatorInnen.

*Interview: Clara Akinyosoye
Fotos: Karin Wasner*

Sie leiten als externer Experte die Initiative Polizei.Macht.Menschen.Rechte. Sie haben ein neues Projekt, um das Klima zwischen Polizei und Bevölkerung zu verbessern?

Beim Cop-Projekt, sprich Communicating Policing, sollen die Beziehungen zwischen Polizei und Bürgern – wo es knirscht – verbessert werden. Im Januar 2013 startet es in Wels, der Stadt mit der höchsten Ausländerdichte und – zeitversetzt – am Brunnenmarkt in Wien. Die Gemeinde, alle ethnischen Vereine, Parteien, Kirchen usw. sind eingebunden. Es wird eine Reihe von Maßnahmen geben und gezielten Kontakt zu allen Bürgern. Bei jeder Amtshandlung mit der Polizei soll der Bürger ein Formular bekommen, aus dem hervorgeht, warum er angehalten wurde.

Es knirscht, wenn es um Ethnic Profiling geht. Die Art und Weise, wie Polizisten kontrollieren, beeinflusst das Ergebnis. Ist so ein Suchraster vor diesem Hintergrund nicht besonders problematisch?

Das ist doppelt problematisch. Wenn Sie sich eine Gruppe raussuchen und sie gezielt unter

Kontrolle nehmen, finden Sie natürlich was. Das gilt für jede Gruppe! Gegen bestimmte Vorurteile anzugehen, das braucht 20 oder 30 Jahre, aber wir arbeiten daran. Besonders schlimm: In England können sie bei einer Kontrolle gleich in der National DNA-Datenseite landen. Das gibt es hierzulande Gott sei Dank nicht.

Die Polizei sucht gezielt nach Menschen mit Migrationshintergrund. Macht das Sinn?

Die Leute mit Migrationshintergrund, die die Polizei bräuchte, die kriegen sie einfach nicht. Es gibt immer wieder Kampagnen, um Migranten anzusprechen, aber der Erfolg ist enden wollend. Menschen mit hohem Schulabschluss und sozialer Kompetenz, perfekten Deutsch- und Fremdsprachenkenntnissen werden mit Handkuss von jedem Anwaltsbüro oder internationalen Organisationen genommen. Hinzu kommt: Als junger Türke hätte ich einen Horror davor, als schwarzer Schwan oder weißer Elefant gehandelt zu werden. Vielleicht fehlt eine Eisbrecherfraktion.

Bei den Frauen hat man es mittlerweile geschafft ...

Frauen sind drin. Erst vor zwei, drei Jahren haben sie diese Mindestgrößenstandards gelockert. Inzwischen gibt es in der Grundausbildung bei der Polizei Klassen mit einem sehr hohen Frauenanteil und in der Regel gemischte Streifen.

Ist man da in anderen Ländern diesbezüglich fortschrittlicher?

Im angelsächsischen Kulturbereich haben wir die positive Diskriminierung. Bewerber werden gefördert, weil sie Frauen oder Migranten sind.

Ist das auch ein System, das man in Österreich umsetzen könnte?

Es wäre notwendig, die Polizei kulturell und sozial zu diversifizieren. Mehr Frauen, Migranten und Schwule. Aber diese Kultur aufzubrechen ist schwierig. Die Polizei ist nach wie vor eine weiße, männliche Organisation, deren Mitglieder sich eher aus den unteren Schichten rekrutieren. Wenn etwa Beamtinnen bei einer Amtshandlung mit dabei sind,

Reinhard Kreissl, Leiter der Initiative Polizei.
Macht.Menschen.Rechte., über Ethnic Profiling:
„Das ist doppelt problematisch. Wenn Sie sich
eine Gruppe raussuchen und sie gezielt unter
Kontrolle nehmen, finden Sie natürlich was.
Das gilt für jede Gruppe.“



ZUR PERSON

Reinhard Kreissl

Reinhard Kreissl, 1952 in München geboren, ist wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) in Wien und leitet zudem das EU-Verbundprojekt IRISS (Increasing Resilience in Surveillance Societies). Er hat als externer Experte auch die Leitung des Projekts POLIZEI. MACHT.MENSCHEN.RECHTE. im BM.I inne.



„Die Präsenz der Polizisten im öffentlichen Raum finde ich gut. Aber nicht wie Sylvester Stallone mit Springerstiefel, Gummiknüppel und Handschellen am Gürtel. Die Waffe bräuchten sie auch nicht.“

hat das einen zivilisierenden Effekt auf den Umgangston. Tragisch ist aber, dass es etwa in Bayern Fälle gab, wo Frauen wegen Mobbing und sexueller Übergriffe im Dienst Selbstmord begangen haben. In Österreich ist mir aber kein solcher Fall bekannt.

Wie könnte sich die österreichische Polizei von einer „weißen, männlichen Organisation“ zu einem heterogenen Apparat weiterentwickeln?

Die mittelfristige Strategie – das passiert in Österreich auch – ist, den Polizeiberuf weiter zu professionalisieren, Ausbildungsstandards zu erhöhen. Leute, die in Führungspositionen wollen, einen Masterabschluss machen zu lassen. Diese „Intellektuellen“ rollen den Laden dann oft von innen auf. Wir versuchen außerdem die Qualität mit Fortbildungsmaßnahmen voranzutreiben. Die oberste politische Ebene ist ein Problem. In der polizeilichen Führungsebene und im mittleren Management der inneren Sicherheit gibt es eine Reihe von Leuten, die mit Herzblut dabei sind. Bei den „Fußsoldaten“, da dampft natürlich schon noch das eine oder andere Vorurteil.

Inwieweit ist jetzt die oberste politische Ebene das Problem der Polizei?

Sie fuhrwerkelt immer dazwischen und handelt völlig opportunistisch. Die Soko Ost war eine Aktion auf der Vorderbühne für den Boulevard. Das mag jetzt paradox klingen, aber würde man der Polizei mehr Freiheit lassen, ihren Job gut zu machen, hätten wir eine ganze Reihe von Problemen nicht. Die Polizei muss natürlich der Politik gegenüber berichtspflichtig sein. Aber man muss sie von diesem genialen Selbstmissverständnis

„DIE SOKO OST WAR EINE EINE AKTION FÜR DEN BOULEVARD.“

wegbekommen, sie müssten den Dieb fangen. Das können sie eh nicht.

Die Polizei ist nicht da, um den Dieb zu fangen?

80 Prozent der Straftaten, die der Polizei zu Ohren kommen, stammen von Anzeigen aus der Bevölkerung. Bei 100 Wohnungsdiebstählen haben sie in zehn bis 15 Fällen überhaupt einen Ermittlungsansatz. Der Rest ist einfach: dumm gelaufen, Stempel für die Versicherung und fertig. Mit Diebstählen von Fahrrädern und Autos ist das ähnlich. Den Großteil der Kriminalität macht aus, dass besoffene große Männer kleine Männer

schlagen und umgekehrt. Sonst gibt es noch Diebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Betrug und Einbruch. Die wirklich gefährlichen Sachen – Mord, Vergewaltigung, sexueller Missbrauch – passieren meist nicht im öffentlichen Raum.

Dann sind kriminalitätspräventive Ansätze besser?

Es gibt in Deutschland sogenannte Cop-4-you Programme, wo ausgebildete Polizisten in Schulen geschickt werden. Das kann nicht schaden. Auch Einbruchsprävention ist sicher nicht verkehrt. Die Präsenz im öffentlichen Raum finde ich gut. Wenn ein Polizist die Straße auf- und abgeht. Aber nicht wie Sylvester Stallone mit Springerstiefel, Gummiknüppel und Handschellen am Gürtel. Die Waffe bräuchten sie auch nicht. Die Polizei wird häufig im Bereich der häuslichen Gewalt gerufen. Da wäre es wichtig, dass die Beamten gut ausgebildet sind. Deeskalationstraining hätte eine präventive Wirkung.

Sie sagen, es wäre wichtig, dass sie gut ausgebildet sind? Sind sie es denn nicht?

Es gibt speziell ausgebildete Beamte. Aber da kann man nicht genug davon haben. Die meisten interpersonellen Kriminalitätsfälle sind Konfliktfälle, da eskalieren triviale Ge-

schichten. Wir brauchen also so etwas wie gemeindenähe, wohnungsnah, lokale Friedensarbeit.

Sie wünschen sich, dass Polizisten ihre Arbeit stärker in der Rolle von Mediatoren begreifen?

80 Prozent der Polizeiarbeit sind Papierarbeit. Das größte Problem ist Langeweile, und in relativ trivialen Konfliktsituationen wissen junge Polizisten dann oft nicht, was sie tun sollen. Ein Polizist sollte jemand sein, der zum positiven Lebensgefühl der Community einen Beitrag leistet. Das wäre natürlich ein Paradigmenwandel. Das ist eine völlig andere Polizei als die, die wir heute haben. Man braucht natürlich für Ernstfälle wie Geiselnahmen oder Amokläufe Einheiten wie Cobra und WEGA, die bewaffnet und gut ausgebildet sind.

Es gab eine Studie, die Wiens Polizeichef Karl Mahrer in Auftrag gegeben hat. Sein Fazit: Die Polizei ist überfordert und unterbesetzt ...

Die Polizei ist nicht überfordert. Sie ist – wenn überhaupt – nicht so vorbereitet, wie sie sein sollte. Sie ist, was ihre im Alltag not-



wendigen Kompetenzen anbelangt, unterentwickelt. Das ist keine Frage des Personals, sondern eine des Ressourceneinsatzes und der Planung.

Wir haben Videoüberwachung, Computerüberwachung, Vorratsdatenspeicherung. Sind wir beim Überwachungsstaat angelangt?

Den haben wir, aber nicht durch die Polizei sondern durch Kundenkarten, kommerzielle Unternehmen und Datenhändler. Der Nutzen von Überwachungstechnologien im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist minimal. Diese Technologien sind teuer und schaffen Datenfriedhöfe. Präventiv bringt es nichts. Wenn die Tiefgarage eine Videoka-

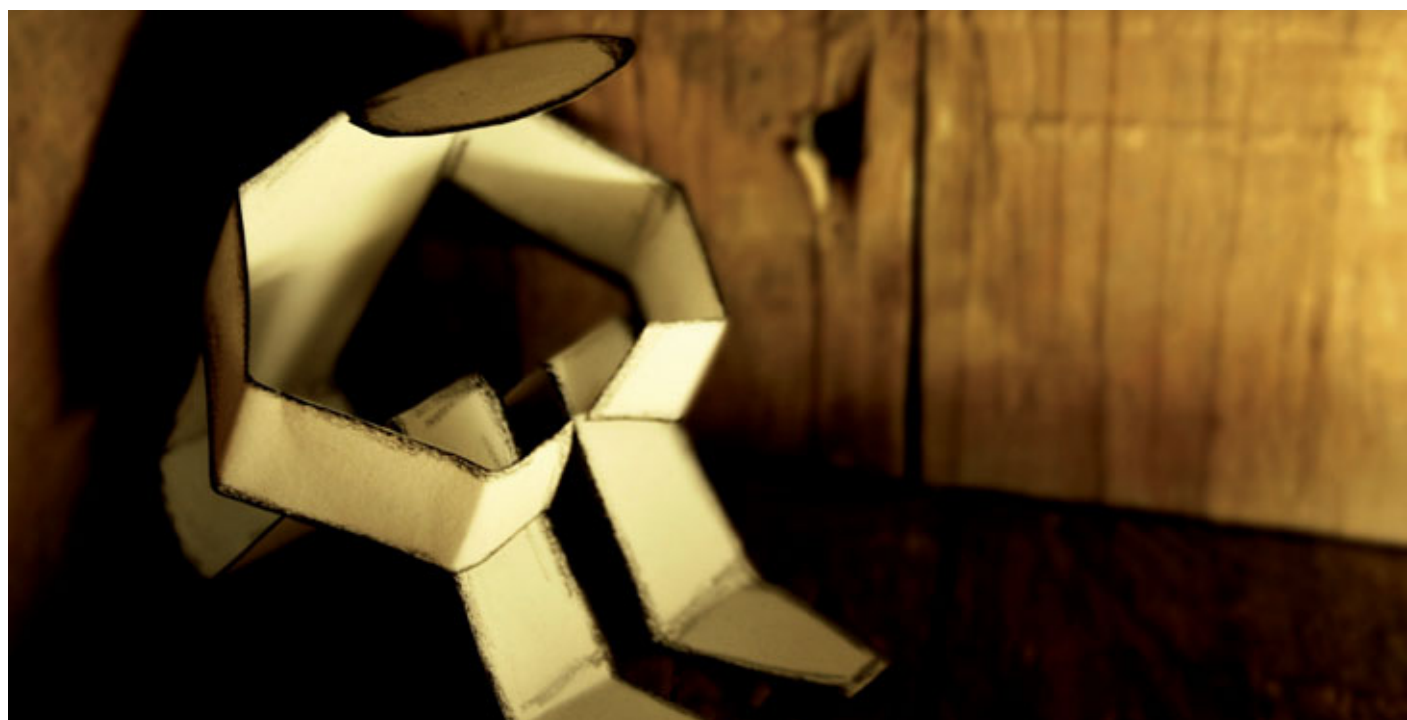
mera hat, dann stehle ich das Auto nicht in der Tiefgarage, sondern auf der Straße.

Was ist denn im internationalen Vergleich besonders gut an der österreichischen Polizei?

Sie ist klein und hat keine ausgeprägte föderale Struktur. Man kann diese zentralistische Struktur gut für Reformen nutzen. Und natürlich dass man mit Polizei.Macht. Menschen.Rechte in Kooperation mit der Zivilgesellschaft über Jahre hinweg versucht, die Thematik der Menschenrechte zu verankern.

Viele Aktivisten – gerade im Menschenrechtsbereich – beklagen sich, dass politischer Protest zunehmend kriminalisiert werde.

Ja, das stimmt. Wobei das auch intern schwer kritisiert wird. Die Polizei wird politisch instrumentalisiert. Die finden es aber auch nicht toll, wenn sie Demonstrationen von Rechten schützen müssen. Aber bei sozialen und politischen Protesten gleich mit der Polizei zuzuschlagen ist völlig inakzeptabel, kontraproduktiv und menschenrechtlich problematisch.



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100



AUF AUGENHÖHE

Community Policing heißt, dass BürgerInnen und BeamtenInnen auf Augenhöhe kooperieren. Was in England, den USA oder den Niederlanden schon Praxis ist, existiert in Österreich – sofern überhaupt bekannt – nur als eigene Spielart.

*Text: Nasila Berangy
Illustration: Eva Vasari*

Ich war schon lange auf keinem Schulball mehr“, sagt Chefinspektor Georg Pöcher. Dennoch hat er seit 2006 keinen einzigen in Klagenfurt ausgelassen. Die Polizeistrategie verlange es, sagt Pöcher. Mit der Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie erhielt er den Auftrag, Community Policing als Projekt zu installieren. Polizei, Magistrat, Landesregierung, Interessenvertretungen wie Arbeiter- und Wirtschaftskammer und die Bevölkerung sollten auf unbürokratische Weise zusammenarbeiten. Das war der Auftrag. Also wurde eine Plattform gegründet, wurden Schwerpunkte besprochen und Sitzungen abgehalten. Nun sind die zuständigen Behörden untereinander vernetzt und kommunizieren miteinander.

Seit den 1960er Jahren gibt es in den USA die Polizeistrategie des Community Policing. Dabei geht es um eine dezentralisierte, bürgernahe Polizei, die präventiv arbeitet und versucht, gefährliche Entwicklungen hintanzuhalten, bevor es überhaupt zu Straftaten kommt. In den USA ist das heute die Polizeistrategie Nummer eins. Zum Konzept gehört auch, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu erhöhen. Mehr Beamte auf die Straße, das heißt aber auch, dass die Polizisten ein anderes Rollenbild (von sich) entwickeln müssen. Der Superheriff mit seiner Waffe im Halfter wirkt da eher wenig vertrauensbildend. Soziale Kompetenzen wären jedenfalls gefragt.

Ende des Besäufnisses

Auslöser für den Auftrag an Pöcher waren Ausschreitungen von Jugendlichen in der Herrengasse der Klagenfurter Innenstadt. Vor einigen Jahren war es zu regelrechten Massenschlägereien gekommen. Für Pöcher war klar, dass die Polizei allein nicht ausreicht, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Gemeinsam mit Haimo Kadiunig, dem Leiter der Strafbehörde im Magistrat, hat er Wirte aufgesucht, mit ihnen gesprochen, die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen, Sperrstunden und

der Nachtruhe eingefordert. Dort, wo gutes Zureden nichts brachte, setzte er klare Maßnahmen. Dann setzte es Anzeigen. Heute, so Pöcher befriedigt, habe man die Herrengasse im Griff. Besonders stolz zeigen sich die beiden Herren über die Schulbälle in Klagenfurt. Mittlerweile wird auch ohne Rettungseinsätze gefeiert. Damals, erinnert sich Kadiunig, waren die Schulfeste zu „Besäufnissen“ verkommen. Obwohl, so Pöcher, 80 Prozent der SchülerInnen unter 18 Jahre alt waren. „Wozu muss man da Schnaps ausschenken? Bier und Wein müssen doch reichen.“ Das Community-Policing-Team hatte eine Idee: die „Aktion Armbänder“. Seither tragen SchülerInnen auf ihren Bällen farblich unterschiedliche Armbänder, sie weisen auf ihr Alter hin. Ist ein Jugendlicher minderjährig, darf auch nichts Hochprozentiges an ihn ausgeschenkt werden. Der Rettungswagen bleibt nun bei Schulbällen in der Garage. Pöcher dazu: „Das ist Community Policing.“

Dialog mit AnrainerInnen

Vielleicht bestätigt sich hier ja der allgemeine Eindruck, dass es in Österreich meist „gemütlicher“ zugeht als anderswo, weil das Policing der Community sich hierzulande u. a. mit Schulbällen beschäftigt. Um das Konzept richtig umzusetzen, werden aber nicht nur SchülerInnen, sondern auch die BeamtInnen selbst für ein anderes Auftreten sensibilisiert. Bleiben wir in Kärnten: In Villach rief man im Jahr 2000 das Projekt „Dialog mit Anrainern“ ins Leben. AnwohnerInnen wurden zusammengeführt, um sich gegenseitig besser zu verstehen und friedlicher zu koexistieren. Was auch gelungen ist, sagt Projektleiterin Bettina Gruber vom Institut für Friedensforschung und Friedenspädagogik. Auch wenn sie Projekte wie diese nicht als Community Policing bezeichnet, geht es hier dennoch um Ziele wie die Befriedung von Nachbarschaften. Das Thema „Gewalt in Kommunen“ ist einer von Grubers Schwerpunkten. Für sie war das Projekt in Villach sinnvoll, weil die Jugendlichen die Polizei

erstmal nicht nur als strafendes Organ erlebt hätten. Der Auftrag der Polizei, zu helfen und zu schützen, trat hier in den Vordergrund. Auch die PolizistInnen lernten etwas. Etwa die Jugendlichen vielschichtiger wahrzunehmen. Dialog und Kommunikation, sagt Gruber, sind das Um und Auf. Nur so könnten gegenseitiger Respekt, Verständnis, Friede hergestellt werden. Die Gewalt sollte am Ende abgenommen haben.

Community Policing in Großbritannien

Großbritannien setzt man CP bereits seit den 1980er Jahren ein. Unter dem Motto „The Safer City Partnership“ arbeiten Polizei und Community zusammen. Auf ihrer Website ruft die Polizei die BürgerInnen auf, an den Sitzungen teilzunehmen. Jede/r hat Einsicht, wann in der eigenen Nachbarschaft wieder getagt wird. Auch auf „Neighbourhood Watch“ wird hier gesetzt. Die Kernthemen sind umfassender als in Österreich: Über das Ausschankgesetz und antisoziales Verhalten hinaus kümmert man sich hier auch um häusliche Gewalt, um Missbrauch bis zu Homophobie sowie rassistisch motivierten Hass und Jugendkriminalität. Manchesters beispielsweise wurde in zwölf geografische Zonen eingeteilt, die sogenannten „Divisions“. Jede wird von einem „Neighbourhood Inspector“ gemanagt.

Und wie sieht es mit CP in Österreichs Bundeshauptstadt aus? „Was ist Community Policing?“, fragt eine Sprecherin der Wiener Polizei, um später auf den Oberstleutnant Johann Golob zu verweisen. Der Leiter der Pressestelle kann Auskunft geben. Er verstehe CP als Solidarisierung und Nachbarschaftshilfe und auch als Partizipation. Ihm gehe es um den Informationsfluss zwischen den Menschen, zahlreiche Projekte seien am Laufen. Mit Kindergärten, Schulen, Pensionistenheimen und Behindertenvereinen. Besonders das Projekt „Sicherheitspartnerschaft Oberdöbling“ in der Panzergasse hebt Golob hervor. Als Präventionsmaßnahme



Oberstleutnant Golob: versteht Community Policing als Schritt zur Partizipation. Soziologe Kellermann: warnt vor Denunziantentum. Friedensforscherin Gruber: „Jugendliche erlebten die Polizei erstmals nicht als strafendes Organ.“

wurde es 2005 gemeinsam mit dem Fonds Soziales Wien ins Leben gerufen. Auf der eigens eingerichteten Website gibt es Bilder von Flohmärkten, auf denen die Polizei in persönlichem Kontakt mit den BürgerInnen zu sehen ist. Unter der Rubrik „Beobachtungen“ können die AnwohnerInnen selbige eintragen. Im April, so scheint es, wurden zwei Männer durch den Neighbour Watch in die Flucht geschlagen: „Ich wollte Sie informieren“, schreibt anonym, „dass heute (8. April) um 12 Uhr in der Sommergasse zwei Männer beobachtet wurden, die sich sehr verdächtig verhielten. Sie gingen nacheinander in jedes Wohnhaus und inspizierten es offensichtlich von innen. Auch von außen sahen sie sich die Häuser genau an. Als ihnen klar wurde, dass sie beobachtet wurden, suchten sie in getrennten Richtungen das Weite.“

Mehr Kleinkram

„Die Anforderungen an die Polizei“, so schreiben die Initiatoren der Website, „sind gestiegen.“ Heutzutage würde nicht mehr nur bei Notfällen und kriminellen Handlungen die Polizei verständigt, sondern immer öfter auch bei Alltagsirritationen wie Streitigkeiten, Lärmerregung oder Verunreinigungen. Der Arbeitsaufwand habe sich deshalb bei gleichzeitiger Personalreduktion enorm erhöht. Durch intensiven persönlichen Kontakt mit den Beamten, aber auch unter den BewohnerInnen sollen das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität gesteigert werden. Beamte des Rayons, interessierte BürgerInnen und eine Moderatorin eruieren deshalb regelmäßig lokale

Probleme. Es geht um Verkehrssicherheit, Hundehaltung und das Sicherheitsbefinden der AnrainerInnen.

CP lebt allerdings auch von Polizeipräsenz und von einer dezentralen, bürgernahen Polizeibehörde mit vielen kleinen Büros in Gemeinden und Grätzeln. Ob die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie nicht kontraproduktiv war, darüber will sich Pöcher nicht äußern. Dass es durch die Polizeireform unter Ex-Innenminister Ernst Strasser – die 23 Bezirkskommissariate und 23 Kriminalabteilungen wurden in Wien auf insgesamt 14 Bezirkskommissariate und fünf Kriminalkommissariate reduziert – zu Defiziten kam, sieht Golob nicht. Er verweist auf 100 Polizeiinspektionen, die weiterhin für

**„POLIZEI NICHT MEHR
SO AUTORITÄR
WIE FRÜHER.“
JOHANN GOLOB**

bürgernahe Polizei stünden. Auch die Kritik, dass der Polizeiapparat seit Strasser hierarchischer organisiert sei, was ein seltsames Signal für eine bürgernahe Polizei bedeute, teilt Golob nicht: „Wir begegnen den Menschen auf Augenhöhe, das ist nicht mehr so autoritär wie früher.“

Für Paul Kellermann vom Institut für Soziologie an der Alpen-Adria-Universität passt diese Reduktion in Wien – wie auch die Zusammenlegung von Polizei und der Gendarmerie – nicht ins Bild einer bürgernahen Polizei. Sie sei vielmehr der Sparsamkeit zum Opfer gefallen. Kellermann hält CP für eine

heikle Sache, die man differenziert betrachten müsse. Er versteht zwar die Problematik, die es in Klagenfurt gegeben hat, und dass die Polizei sich die Hilfe der Anrainer zunutze macht, aber es müsse auch einen Kontrollmechanismus geben, um dem Denunziantentum entgegenzuwirken. Der Kritik, dass Ortsfremde im Rahmen von CP zu einem Problem und eine bestimmte Bevölkerungsgruppe – nämlich die sozial und ökonomisch Schwächsten – zur „High Risk Population“ würde, die man vermehrt überwachen muss, kann er einiges abgewinnen. Das führe zu sozialem Ausschluss und Stigmatisierung. Für ambivalent hält er auch das Argument, erhöhte Polizeipräsenz erhöhe auch das Sicherheitsgefühl. Dann sei man irgendwann an einem Punkt, wo „das Leben allgemein als Bedrohung empfunden wird“. Kellermann weiter: „Jede Gesellschaft bestimmt selbst, was als Verbrechen gesehen wird. Sie bestimmt auch vor allem, was legal und was legitim ist.“ Das Spannungsfeld zwischen dem, was die Justiz und was die Gesellschaft als legitim empfindet, sei nicht so einfach aufzulösen.

Für den Polizisten Golob hingegen resultiert das Sicherheitsgefühl aus dem Vertrauen in die Polizei. Vertrauen sei auch die Grundlage dafür, dass Menschen der Polizei Informationen weitergeben, in einem ganz partnerschaftlichen Verhältnis. Auf die Frage, ob die Polizei schon heute so von der Bevölkerung wahrgenommen würde, antwortet Golob: „Was die Umfragen anbelangt, hat die Polizei eine hohe Reputation.“ Und ergänzt schließlich: „Wir wollen, dass alle teilhaben, die Polizei spricht auch MigrantInnen an.“

MACHT, KRAFT UND AUTORITÄT

Barbara Mungenast, Designerin der Polizeiuniformen, über *toughe*, körperbetonte Silhouetten.

Interview: Philipp Sonderegger

Sie haben das Design der Polizeiuniformen entwickelt. Welche Vorgaben kamen vom BM.I?

Das Innenministerium hatte ähnliche Vorstellungen wie die meisten Kunden: „Man soll uns mögen, wir wollen sympathisch, bürgernah und kompetent rüberkommen.“ Zudem verkörpert die Polizei Staatsautorität. Damals begann die Zusammenlegung der Exekutive, und es gab heftige Diskussionen um Personaleinsparungen. Dazu kam die Angst vor steigender Kriminalität nach der Grenzöffnung. Die Österreicher mussten sich beschützt fühlen. Ein weiterer Punkt war, eine Uniform mit nationalem Bezug zu kreieren und ergonomisch-technische Anforderungen zu berücksichtigen: extreme Bewegungsfreiheit oder der Durchgriff in der Jacke zur Schusswaffe.

Wie haben Sie diese Vorstellungen umgesetzt?

Unsere Vision war eine elegante, optisch durchgängige und technisch ausgefeilte Linie. Definiertes Vorbild war der feine Sean Connery im hochgeschlossenen, *toughen* Anzug im Gegensatz zum derben Muskelprotz Sylvester Stallone. Unsere Bestrebung war, die Vertikale zu betonen. Den Männern auf der Straße Macht, Kraft und Autorität zu verleihen. Sie zu stärken. Das machst du, indem du eine durchgängige Farbgebung wählst, körpernah schneidest, sie optisch streckst. Das betonen auch die breiten Lampassen, das sind die vertikalen Streifen auf der Hose. Oder durch leichtes Strecken der Kappe. Da muss man allerdings ein Gespür haben, wie weit man geht. Wenn du über-

treibst, kommst du rasch ins gefährliche braune Eck. Das darf gerade in Österreich nicht passieren.

Vorgegeben waren auch die EU-Polizeifarbe Dunkelblau und das Österreich-Rot.

Ja, wobei wir uns für das sehr dunkle Navy-Blau entschieden haben. Wir haben lang gekämpft, das blaue Hemd zu erhalten. Hellgrau erscheint praktisch, wirkt aber immer ausgewaschen. Weiß macht die Haut sauber und frisch. Uns war aber wichtig, Einheitlichkeit und Ruhe in der Gestaltung zu erhalten. Und nicht wieder den Büro-Pinguin – das Image vom Schreibtischtäter – zu zeigen, sondern eben den aktiven, gut ausgestatteten und gut geschulten Beamten.

Täuscht es, oder wurden die Uniformen auch martialischer?

Die Flut spektakulärer Action- und Agentenfilme transportiert uns eine Polizei mit Übermensch-Attitüde. Auch diesem Image muss man heute Rechnung tragen. Da kann einfach kein Beamter im weichen Poloshirt und Cap auf der Straße stehen. Es braucht eine *toughe*, körperbetont kantige Silhouette – dunkel gehalten. Als Designer muss man sehr exakt mit der Semiotik von Formen und Farben umgehen.

Bestehen große Unterschiede zwischen den Uniformen der Männer und Frauen?

Uns war eine eigene Frauenlinie wichtig. Die Frau als starke Frau zu definieren und nicht als kleinen schwachen Mann. Interessant war: Viele Frauen wollten das anfangs gar nicht. Wir mussten schon argumentie-

ren, um körperbetonte Linien reinzubringen. Mit technisch ausgefeilten Textilien wie Stretch, fein gestalteten Oberflächen und atmungsaktiven Beschichtungen lässt sich heute körpernah schneiden. Die modebewussten Italiener machen es uns seit Jahrzehnten vor. Die wunderbaren Carabinieri mit dem kontrastreichen weißen Leder.

Uniformen sind Ausdruck nationaler Befindlichkeit?

Unbedingt. Und sie stiften Identität. Eine Uniform muss 10 bis 20 Jahre Gültigkeit behalten. Die Polizei prägt das staatliche Erscheinungsbild nachhaltig. Der Österreicher ist ein Gewohnheitstier, wir sind immer eher auf der tradierten, zurückhaltenden Seite. Mir tut es wahnsinnig leid, dass hier meist zurücknehmend entschieden wird. Warum? Wir könnten auch viel selbstbewusster für mehr Stil stehen und stolz auf unsere Exekutive sein.

Ist man als Designerin stolz, wenn Polizisten Uniformen aus dem eigenen Atelier tragen?

Klar. Wenn du dir die Polizisten auf der Straße anschaut, die schauen schon fesch aus. Unsere Linie wirkt einfach elegant. Selbst der stärkere Mann mit Bierbauch schaut immer noch toll aus. Schau sie dir an, sie sind immer hübsch. Egal welche Form, wie alt, wie hübsch.

Barbara Mungenast, 45, ist Künstlerin und Designerin in Wien. Sie absolvierte die Kunstuniversität Linz. Neben Uniformen für Polizei, ÖBB und Post gestaltet sie auch Magazine und Bücher. Den BM.I-Auftrag (2004) führte sie gemeinsam mit drei anderen Designern als „United M“ durch.



DIE ZEIT NACH KOMANI

In Salzburg wird eine Familie durch Abschiebung zerrissen. Die Landeshauptfrau erklärt zuerst ihre Unterstützung und sich danach machtlos. Warum hat die Politik Angst vor humanitärem Bleiberecht?

Text: Gunnar Landsgesell



Wieder so ein Fall: ein achtjähriges Kind und dessen Mutter werden um sechs Uhr früh in Hallein aus dem Bett geholt und in ein Auto gesetzt. Der Mutter, Volksschullehrerin aus Armenien, wird das Handy abgenommen, um den Kontakt zu FreundInnen und Verwandten zu unterbinden. Der Ehemann und der 17jährige Sohn der Frau waren beim Zugriff der Fremdenpolizei nicht in der Wohnung. Dem achtjährigen Sohn wird laut Augenzeugen verwehrt, auf die Toilette zu gehen. Es bestehe Fluchtgefahr. Vom Bemühen um „familienfreundliche“ Abschiebungen, wie das Innenministerium betont, bleibt an diesem Tag nicht viel über. Auch nicht vom Paradigmenwechsel, den der Leiter der Fremdenpolizei Johann Bezdeka (siehe anschließendes Interview) in jüngster Zeit bemerkt haben will – oder auch erhofft. Seit dem Fall Komani sei einiges anders, man gehe „sensibler“ vor. Damals, im Oktober 2010, wurde ein Vater mit seinen siebenjährigen Zwillingstöchtern von sechs bewaffneten Uniformierten abgeführt. Die Kinder durften ihre Spielsachen nicht mitnehmen, Polizisten höhnten vor den Kindern über den Spitalsaufenthalt der Mutter. Anschließend wurden die Kinder in Schubhaft gebracht. Optisch hat sich seit damals doch etwas verändert. Kinder werden mit ihren Eltern nunmehr in „familiengerechten“ Anhaltezentren wie jenes, das jüngst in der Zinnergasse eröffnet wurde, verwahrt. Maximal 48 Stunden dauert der Zwischenstopp, dennoch handelt es sich um eine Anhaltung, die, wie Bezdeka betont, ein

Foto: BMJ/HBF/Hotov

Fortschritt, aber dennoch nicht angenehm ist. Beamte treten den Betroffenen heute zumindest teilweise in zivil entgegen, auch Beamtinnen sollten vor Ort sein. Mit trotzi- gen Aussagen wie jenen der mittlerweile mit anderen Aufgaben befassten Ex-Innenminis- terin Fekter – „Ich gehe rechtsstaatlich und korrekt vor“ – geht deren Amtsnachfolgerin sparsamer um. Dass sich hier aber ein quali- tativer Sprung abzeichnet, soll heißen, dass es heute zu weniger Abschiebungen von Fami- lien kommt, glaubt Christoph Riedl nicht. Ein Bemühen um einen sensibleren Um- gang seitens der Verantwortlichen im Innen- ministerium will der Geschäftsführer des Flüchtlingsdienstes der Diakonie dennoch erkennen.

Offener Brief

Warum die Mutter und ihr achtjähriger Sohn aus dem Salzburger Hallein dennoch – zudem auf diese Weise – abgeschoben wurden, können viele Menschen nicht ver- stehen. Sechs Jahre lebte die Familie in Ös- terreich, so lange wie die Komani-Zwillinge, deren Eltern zwei Wochen nach der drama- tischen Abschiebung doch ein humanitäres Bleiberecht nachgereicht wurde. Auch die

Salzburger Plattform Menschenrechte hatte in den Wochen davor an Landeshauptfrau Gabi Burgstaller appelliert, der „gut inte- grierten“ Familie, die 2011 den letzten nega- tiven Bescheid erhielt, ein humanitäres Blei- berecht zu verleihen. Zwei Bürgermeister, mehrere Unternehmen als potenzielle Ar- beitgeber sowie BürgerInnen schlossen sich dem an. Das Büro Burgstaller teilte der Platt- form noch im Juli mit, man habe der Innen- ministerin geschrieben. Diese sollte einer-

DEM ACHTJÄHRIGEN SOHN WIRD VERWEHRT, AUF DIE TOILETTE ZU GEHEN. ES BESTEHE FLUCHTGEFAHR.

seits den konkreten Fall prüfen, andererseits, wie sich Kinderrechte grundsätzlich auf das Aufenthaltsgesetz auswirken. Während die zweite Anfrage den Eindruck macht, es gin- ge hier rechtlich um Neuland, (tatsächlich können die Landeshauptleute als Niederlas- sungsbehörden erster Instanz die Kinder- rechtskonvention als Grund heranziehen), war die erste offensichtlich völlig wirkungs- los. In Salzburg hatte man sich mehr er-

wartet, vielleicht sogar einen kurzen Anruf nach dem Brief. Immerhin war es Burgstall- er selbst, die das Engagement der Plattform Menschenrechte noch Monate zuvor mit dem Verdienstzeichen des Landes gewürdigt hatte. Und auch in einem anderen Fall, eben- falls im Bezirk Hallein in Salzburg, hat sich der erwähnte Paradigmenwechsel nicht ab- gezeichnet. Im Mai dieses Jahres wurde Ami- na mit ihrer Mutter, beide kamen aus Grün- den akuter Gefährdung aus Dagestan nach Österreich, wieder dorthin zurück gebracht. Noch vor ihrer Abschiebung hatte Amina, eine HAK-Schülerin, ein START-Stipendi- um, das für engagierte SchülerInnen mit Mi- grationshintergrund vergeben wird, erhalten. Auch hier hatte das Bundesasylamt negativ beschieden. Und auch hier hatte Burgstall- er zuvor ihre Hilfe zugesagt. Dass sie da- nach eben nur wenig Chancen gegen die Bürokratie einräumte, hält der Menschen- rechtsaktivist Bernhard Jenny für zynisch. Als Mitglied der Menschenrechtsplattform hatte er die Ehrung abgelehnt und stattdes- sen Burgstaller einen offenen Brief geschrie- ben. Darin fordert er eine Bewusstseinsent- wicklung hin zu mehr Gesamtverantwortung ein und löst sich auch vom Argument der





Salzburgs Landeshauptfrau Burgstaller: Hätte es laut ExpertInnen in der Hand, als Niederlassungsbehörde erster Instanz bei der Abschiebung von Kindern zu agieren.

„guten Integration“, das SympathisantInnen in letzter Hoffnung für die betroffenen Menschen gegenüber den Behörden ins Treffen führen. Jenny geht einen Schritt weiter, wenn er in Bezug auf eine ebenfalls abgeschobene Familie schreibt: „weil der vater eine vorstrafe vor vielen jahren hatte, wurde er – obwohl längst abgessen und verjährt – auch von anderen politisch verantwortlichen lieber nicht unterstützt und so zum zweiten mal durch unterlassene Hilfeleistung bestraft. was würden denn dann manche zeitungungen schreiben!“ Die Landeshauptfrau antwortete darauf schriftlich: „Der Populismus soll und darf uns nicht daran hindern, uns aus ganzem Herzen für all jene einzusetzen, die – mehr noch als andere – auf die Einhaltung der Menschenrechte angewiesen sind.“ Selten wird angesichts der ängstlichen Haltung vieler PolitikerInnen die Kluft zwischen Rede und Praxis so deutlich wie im Fall der rhetorisch wohlmeinenden Landeshauptfrau.

Bürokratie reloaded

In der bitteren Praxis wird letztlich gerne das Gesetz oder die Bürokratie bemüht. Auch die jüngsten Fälle in Salzburg scheinen dem Muster zu entsprechen, Verantwortung abzuschieben. RechtsberaterInnen können ein Lied davon singen, wie Bezirkshauptmannschaften, die MA 35 in Wien, die Fremdenpolizei und das Ministerium sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, wenn



Schwieriges Thema: Familienanhaltezentrum Zinnergasse, 1110 Wien

es um fragwürdige Verfahren geht. Nun hat im Juni das Parlament eine große Verwaltungsreform beschlossen. Mikl-Leitner und ihr Regierungskollege Josef Ostermayer präsentierten auf einem überdimensionierten Taferl eine Formel, die qualitativ wenig aussagt, aber effizient klingt: „Aus 194 mach 1“. Das Asyl- und Fremdenwesen mit seinen jährlich 30.000 Verfahren soll nicht mehr an vielen Stellen quer durchs Land behandelt, sondern in einem neuen Bundesamt konzentriert werden. Peter Marhold, Rechtsberater der NGO „helping hands“, hält diese Ankündigung aber für falsch, denn, so Marhold: das Migrationsrecht sei auch weiterhin bei den Landesregierungen, Bezirkshauptmannschaften und Magistraten angesiedelt. Für Berufungen soll jedenfalls wieder das Bundesverwaltungsgericht zuständig sein. Der UBAS und, nach wenigen Jahren auch der Asylgerichtshof, sind dann bereits wie-

der Vergangenheit. Ob das neue Bundesamt strukturell eine Verbesserung bringt, ist unklar. Marhold kritisiert die beschlossene organisatorische Trennung in Bundesamt und Fremdenpolizei als reiner Vollzugsbehörde, die jetzt zumindest noch räumlich Zimmer an Zimmer am Hernalsener Gürtel angesiedelt sind. Diese Struktur, so Marhold, sei schon mit der Teilung in Verfahrens- und Vollzugsreferate in der Fremdenpolizei vorweggenommen worden. Probleme ergeben sich daraus insofern, als im Bundesamt jemand die Bescheide erlässt, während jemand anderer sie vollzieht. Marhold: „In der Vergangenheit kannte der Beamte das ganze Verfahren, war mit dem Betroffenen direkt in Kontakt. Nun zerreißt man aber schon wieder das Caseownership eines Fremdenpolizisten. Der Vollzugsbeamte ist in Zukunft unbeleckt von der Frage, ob die Erlassung angemessen bzw. rechtlich haltbar ist.“

Ein anderes Problem sehen NGO-VertreterInnen in der Verquickung der Fragen von Asyl und humanitärem Bleiberecht. Christoph Riedel von der Diakonie sieht hier Grundrechtsfragen mit dem Zuwanderungsthema verbunden, die nicht an der gleichen Stelle zu klären sind. Darüber hinaus bezweifelt Riedel, dass die Reform eine Stärkung der Rechte der KlientInnen bringen wird, da in erster Instanz keine Rechtsberatung für AsylwerberInnen vorgesehen ist. Riedel hielte es für besser, die Vertretungspflicht (die RechtsberaterInnen verpflichtet, die KlientInnen zu vertreten, wenn diese es wünschen) im fremdenrechtlichen Verfahren zu belassen: „Damit hätte man eher die Gewähr, dass die Leute zu ihrem Recht kommen und nicht der Anschein entsteht, dass dieses Recht in der Gunst des zuständigen Referenten liegt.“ Die Machtposition, die die einzelnen FremdenpolizistInnen erhalten, würde verlangen, dass auch der Rechtsschutz ausgebaut und nicht eingeschränkt wird. Richtig wäre insofern gewesen, die Beratung in der ersten Instanz auch im Asylverfahren einzuführen, so wie man es bei der Fremdenpolizei im Dezember 2011 gemacht hat, und nicht stattdessen in beiden Verfahren wieder abzuschaffen. „Das“, so Riedel, „ist der falsche Weg.“ Nach der großen Reform ersparen sich jedenfalls die Landeshauptleute Unbilden wie im Fall von Burgstaller nach ihren „committments“. Dann sind sie frei gespielt von der lästigen Entscheidung, humanitäres Bleiberecht vergeben zu wollen, aber sich wegen der politischen Konkurrenz nicht zu trauen.

WAS DEFINIEREN SIE ALS HUMAN?

Johann Bezdeka, Leiter der Fremdenpolizei, im Gespräch über den Begriff Fremde, Abschiebungen in Zivil und die Lage in Tschetschenien.

Interview: Gunnar Landsgesell,
Alexander Pollak

Erhard Busek meinte einmal, im parlamentarischen Innenausschuss säßen nur die Stahlhelmbewährten. Da ginge es doch eher martialisch zu. Gilt das für den Bereich des Fremdenrechtes auch?

Was heißt stahlhelmbewährt? Ich bin im Innenministerium seit vielen Jahren tätig, auch im Innenausschuss. Wenn ich mir die wechselnden Mitglieder dort ansehe, kann ich diese Aussage nicht bestätigen. Aber um Stahlhelme geht es gar nicht. Mir ist es wichtig, offen für Anregungen zu sein und mit der „anderen Seite“ – was ich aber nicht so empfinde – bestimmte Dinge zu diskutieren.

Dennoch sprechen wir im Fall der Fremdenpolizei von einem Bereich, in dem sehr massiv in Grundrechte von Menschen eingegriffen wird – bis zu Freiheitsentzug und Abschiebungen. Was reizte Sie an diesem Bereich?

Als ich vor 20 Jahren mein Jus-Studium abgeschlossen habe, spielte Fremdenrecht überhaupt keine Rolle. Ich bewarb mich später einfach auf eine Anzeige des Ministeriums in der Wiener Zeitung. Aber bitte reduzieren Sie mich nicht auf den Fremdenpolizisten, ich bin auch für etwas anderes verantwortlich, für den zivilen Katastrophenschutz, mit dem wir vielen Menschen in Notlage bis ins ferne Fukushima helfen.

Zurück nach Österreich: Hier werden alle Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, vom Gesetz her als „Fremde“ bezeichnet. Finden Sie es passend, dass Menschen, mit denen Sie vielleicht seit Jahren befreundet sind, als



Fremde bezeichnet werden?

Mir persönlich gefällt der Begriff nicht sonderlich gut. Aber ich finde ihn immer noch besser als den des Ausländers. Dieser Begriff wird durch die Berichterstattung bestimmter Medien eher abwertend benutzt. Deshalb möchte ich ihn nicht verwenden. Fremde erscheint mir etwas neutraler, zudem ist das über die Fremdengesetze so geregelt, und ich wüsste ad hoc auch keinen besseren Begriff.

Wie wäre es mit Aufenthalts- statt Fremdenpolizei? Damit würde nicht mehr eine definierte Menschengruppe die Perspektive vorgeben.

Nein, es geht nicht darum, mit welchen Begriffen man etwas bezeichnet, sondern um den Umgang mit Betroffenen. Das ist meine Aufgabe: Ist der Kontakt im Vollzug so, wie ihn sich der Gesetzgeber vorstellt und wie es die Menschenrechte verlangen?

Da gab es kürzlich einen Fall, in dem zwei Polizisten dabei gefilmt wurden, wie sie ein schwer behindertes Kind und dessen Eltern aus dem „Freunde Schützen Haus“ abholen wollten. Sie haben daraufhin den Verein Purple Sheep geklagt mit der Begründung, dass sie nicht bei Handlungen gefilmt werden wollen, die von vielen Menschen als inhuman empfunden werden. Sehen Sie inhumane Aspekte in Ihrer Tätigkeit?

Die Frage müsste man umformulieren: Was definieren Sie als human? Mir geht es darum, dass eine fremdenpolizeiliche Maßnahme durchzuführen ist. Zweitens: Zu den Gesetzen gehören auch die menschenrechtlichen Bestimmungen. Österreich ist einer der wenigen Staaten, wo die europäische Menschenrechtskonvention Verfassungsrang hat. Mir geht es auch darum, mit einer gewissen Sensibilität im Ablauf vorzugehen. Dass diese Tätigkeit nicht angenehm ist, ist klar. Die Frage ist, wie geht man damit um?

Wie denn?

Ich bin überzeugt davon, dass es in den vergangenen Jahren, ausgelöst durch einige Fälle, einen Paradigmenwechsel gegeben hat. Wir schauen nun, dass Frauen bei Abholungen anwesend sind, dass die Beamten Zivilkleidung tragen und dass wir die Uhrzeiten entsprechend ansetzen. Wir haben auch eine familiengerechte Unterkunft in der Zinnergasse eingerichtet. Ich leugne aber nicht, dass auch dort nach wie vor Menschen angehalten werden. Die Frage ist eben, wie gestalte ich diese Anhaltung? Eingesperrt zu sein ist aber trotz allem nicht angenehm. Das ist keine Frage.

Gibt es weitere Schritte, die über die erwähnten optischen Maßnahmen hinausgehen?

Zurzeit nicht, ich bin aber überzeugt, dass das neue Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, das 2014 seine Arbeit aufnimmt, weitere Verbesserungen bringen wird. Gerade was die Kommunikation der Behörden betrifft. Jetzt ist es so, dass die Asylbehörden ein bisschen was wissen, die Niederlassungsbehörden auch, die Fremdenpolizei und die Exekutive auch. Das ist nicht optimal, gerade was Fragen nach dem Gesundheitszustand einer Person betrifft, die abgeschoben werden soll. Wenn Kollegen vor Ort mit einer anderen Situation konfrontiert sind als angenommen, müssen sie ad hoc reagieren. Vernünftiger ist es, Kompetenzen zu bündeln, um Informationsverluste zu vermeiden.

Mit Fragen wie diesen beschäftigen sich auch NGOs, die Asylsuchende beraten und betreuen. Inwieweit greifen Sie auf das Know-how der NGOs zurück?

Ich habe mir persönlich vorgenommen, mit NGOs in Kontakt zu bleiben – auch um teils eine andere Sicht zu bekommen. Und natürlich um die Position von NGOs besser verstehen zu können, um im Rahmen der Gesetzgebung andere Anregungen einbringen zu können. Ich denke, das funktioniert, bislang hat niemand das Gespräch verweigert. Ich möchte aber keine Hoffnungen erwecken, die ich nicht erfüllen kann. Ich mische mich – so weit wie möglich – nicht in erstinstanzliche Verfahren ein.

Hat der von Ihnen erwähnte Perspektivwechsel schon zu konkreten Änderungen in der Praxis geführt?

Das Projekt in der Zinnergasse wäre ein Beispiel. Wir haben uns dafür mit NGOs über geeignete Maßnahmen unterhalten. Ich ersuche zugleich aber auch um Verständnis, warum bestimmte Maßnahmen

**„ICH BIN ÜBERZEUGT,
DASS ES EINEN
PARADIGMENWECHSEL
GEGEBEN HAT.“**

gesetzt wurden. Etwa die Frage, warum die Leute ein paar Stunden in der Zinnergasse sind. Wenn für einen Bustransport nach Polen Menschen aus ganz Österreich zusammengebracht werden, möchte ich nicht, dass die Leute aus Vorarlberg viele Stunden nach Wien und dann noch viele Stunden nach Polen transportiert werden. Deshalb sollen sie ein paar Stunden in der Zinnergasse sein, dass sie die Verbringung anders erleben. Das ist sicherlich nicht angenehm, aber besser so.

Haben Sie Verständnis bei den NGOs gefunden?

Ich glaube, ja. Es gab gewisse Mythen, dass es sich in der Zinnergasse um ein neues Schubhaftzentrum handelt, wo massenhaft Leute zusammengepfercht werden. Hier wird man maximal 48 Stunden angehalten – in einer anderen Atmosphäre als in einem Polizeianhaltezentrum. Wir haben in der Zinnergasse aber auch noch ein anderes Projekt laufen, das den Vollzug des gelinderen Mittels vorsieht. Das heißt, dort sind Frauen, Kinder und Familien untergebracht, sofern es keine andere Wohnver-

sorgung gibt. Das ist aber, wie gesagt, ein anderes Projekt.

In den vergangenen Jahren kam es durch zahllose Novellen der Asyl-, Polizei- und Fremden Gesetze zu einer höchst problematischen Situation. Gesetze überlappen oder widersprechen sich sogar. Experten und Behörden blicken zum Teil nicht mehr durch. Haben Sie eigentlich noch den Durchblick?

Ich würde lügen, wenn ich behauptete, alle Fremden Gesetze auswendig zu kennen. Diese Veränderungen gehen größtenteils auf EU-Vorgaben zurück. Würden Mitgliedsstaaten sie nicht umsetzen, würde die EU sie vor den EuGH zerren. Deshalb haben wir diese komplexe Situation.

Das klingt verkürzt. Europarechtliche Vorgaben werden auch dazu benutzt, um weitere Bestimmungen ins Fremdenrecht einzufügen, etwa die sogenannte Mitwirkungspflicht oder die Verlängerung der Schubhaftdauer.

Natürlich entwickelt sich die österreichische Rechtslage auch weiter, aber harmonisiert mit den europäischen Vorgaben. Wenn der Nationalrat etwas beschließt, ist das umzusetzen. Ich bin nicht dazu da, zu beurteilen, ob das gut oder schlecht ist.

Abschließende Frage: Sie haben vor einhalb Jahren, also noch vor der FPÖ, eine Delegation nach Tschetschenien angeführt. Welche Lage haben Sie dort vorgefunden?

Mir war es wichtig, einen persönlichen Eindruck der dortigen Lebensumstände zu bekommen. Wie ist die gesundheitliche Versorgung, wie die Wohnungssituation? Wir hatten ein Wunschprogramm, das von tschetschenischer Seite erfüllt wurde. Ich traf den Gesundheits-, den Landwirtschafts- und den Sozialminister. Mit Vertretern der Polizei hatte ich dort aber keinen Kontakt, das wurde falsch berichtet. Darum ging es mir auch nicht.

Das heißt, die Sicherheitslage war nicht Gegenstand dieser Delegation? Wäre das nicht relevant?

Das war nicht der Auftrag unserer Reise. Ich war Teil der Staatendokumentation, die im Bundesasylamt angesiedelt ist, wo auf faktischer Ebene festgestellt werden sollte, wie die Situation für Rückkehrer in ziviler Hinsicht ist. Diese Reise war aber auch kein Geheimnis, ein tschetschenisches Kamerteam hat mich dort täglich begleitet.

VIELE KOLLEGEN HABEN EIN KOMISCHES BILD

Ein Polizist in Vorarlberg weigert sich, mit seinem schwulen Kollegen im Dienstwagen zu fahren – aus Angst vor einem sexuellen Übergriff. „Verrückt“, nennt das Roman Schatzer. Er ist Polizist in Niederösterreich und Vereinsvorstand des Vereins GayCopsAustria.

Interview: Niko Katsivelaris

Fotos: Karin Wasner

Herr Schatzer, was bedeuten die GayCops für Sie persönlich?

Anfangs dachte ich, ich wäre der einzige homosexuelle Polizist auf der ganzen Welt. Bei meinem ersten GayCops-Treffen 2007 war ich dann ganz überrascht. Männer und Frauen waren dort, Junge und Alte, aus verschiedenen Bundesländern. Für mich war es einfach toll, nicht allein zu sein.

Spielen Symbolik und Öffentlichkeit bei den GayCopsAustria eine wichtige Rolle?

Ja. Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit sind uns sehr wichtig. Heuer waren wir beim Pride Village am Rathausplatz mit einem eigenen Stand vertreten. Manche heterosexuelle KollegInnen fragen dann: „Müsst ihr das öffentlich machen?“ Aber es ist wichtig zu zeigen, dass es uns Homosexuelle eben auch bei der Polizei gibt. Deswegen müssen wir das so öffentlich machen. Am Regenbogenball wurden wir sogar gefragt: „Seid's ihr echt?“

Warum ist es gerade bei der Polizei so schwierig?

Die Polizei gilt traditionell als Männerverein – das wird von innen und von außen noch so gesehen: harte Männer – wie beim Militär. Als die ersten Frauen bei der Polizei anfin-



Der Verein GayCopsAustria wurde 2005 zunächst als Onlineforum in Wien gegründet. Heute sind die GayCops in ganz Österreich vertreten. Aufgabe ist die Vernetzung von homosexuellen und Transgender-PolizistInnen. Wichtig ist den AktivistInnen aber auch, für die LGBT-Community ganz allgemein da zu sein. Das Onlineforum frequentieren einige hundert Menschen, nicht nur PolizistInnen. Finanziert wird der Verein mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Von diversen Schwulenbars könne man sich leider nicht finanzieren lassen, sagt Vorstandsmitglied Roman Schatzer, man müsse eben auch auf Image und Unabhängigkeit achten. Auch das Innenministerium finanziert die GayCopsAustria nicht. Immerhin gibt es auf der BM.I-Homepage einen Link zur Initiative. Schatzer: „Dass man uns im Ministerium nicht versteckt, ist ein Erfolg. Über eine fixe jährliche Förderung würden wir uns trotzdem sehr freuen.“



Schatzer rät zum Outing: „Seit meine Kollegen wissen, dass ich schwul bin, gibt es Aussagen wie ‚Schwuchtel‘ nicht mehr – zumindest nicht in meiner Gegenwart.“

gen, war das ein großes Thema. Und jetzt sieht man schön langsam: Aha, die GayCops gibt es auch. Nur weil ich schwul bin, heißt das doch nicht, dass ich nicht in der Lage wäre, jemanden zu verhaften oder jemandem Handschellen anzulegen. Ich rufe auch nicht verschreckt um Hilfe, wenn die Dienstwaffe knallt – nur weil ich schwul bin! Das ist alles Blödsinn.

War das Männlichkeitsbild für Sie während der Ausbildung zum Gendarmen ein Thema? Dachten Sie, in einem anderen Beruf wäre es leichter?

Ja, schon. Ich machte mir ganz viele Gedanken darüber, wie das werden würde. Ich wusste ja schon damals ganz genau, dass ich schwul bin und dass ich wohl nicht Frau und Kind haben würde. Aber ich wollte unbedingt Gendarm werden.

Wie verlief Ihr Coming-out bei der Polizei?

In der Ausbildung wollte ich mich nicht outen. Ich war 22 Jahre alt, hatte große Angst davor und dachte mir, das dürfe nie jemand erfahren. Doch schließlich wurde ich geoutet: Ich hatte meinen Kalender im Klassenzimmer vergessen – da stand alles über eine Paris-Reise mit meinem damaligen Freund. Ein neugieriger Kollege las das – und damit war ich geoutet. Doch meine Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht – im Gegenteil, ich erfuhr dann, dass wir in

unserer Klasse auch eine lesbische Kollegin hatten.

Welchen Stellenwert hat Homosexualität in der Polizeiausbildung?

Ich war noch in der Gendarmerieschule – das war vor zehn Jahren. Das Thema Homosexualität ist nicht vorgekommen. Seit zwei Jahren kommen die GayCops aber in Kooperation mit dem Innenministerium in die Fachkurse für KollegInnen, die dienstführende Posten haben wollen – da sind wir an einem Seminar zum Thema „Schwule und lesbische KollegInnen“ beteiligt. Leider ist das aber noch nicht fixer Bestandteil des Lehrplans – wir hoffen, das wird sich ändern.

Was erzählen die KollegInnen von GayCops den Leuten bei der Ausbildung?

Sie sitzen ganz normal im Hörsaal, wie die anderen KollegInnen auch. Keiner weiß, wer die sind. Dann kommt der Vortragende, spricht über Homosexualität und sagt dann: „Ja, wir haben ja auch lesbische und schwule KollegInnen hier.“ Die stehen dann alle auf. Das ist dann ein Überraschungseffekt. Erstens, dass es „sie bei uns auch gibt“. Und zweitens, dass sie ganz normal gekleidet sind – ohne Federboa. Dann reden die GayCops über sich, über ihre Erfahrungen, über ihr Outing – und über die Szene selbst. Viele KollegInnen haben da nämlich ein ganz komisches Bild – dass da lauter Ledertypen mit Peitsche unterwegs wären.

Als Sie erstmals Ihren Dienst antraten, waren Sie da selbstbewusster als am Anfang Ihrer Ausbildung?

Nein, überhaupt nicht! Wenn die KollegInnen in der Mittagspause in einer TV-Show Alfons Haider mit Federboa sahen – dann ging es schon los: „Da schau, die Schwuchtel!“ Da wurde ich auf einmal ganz klein, und alles verkrampte sich. Seit meine KollegInnen wissen, dass ich schwul bin, gibt es solche Äußerungen nicht mehr – zumindest nicht in meiner Gegenwart.

Und wie kam es an Ihrem Arbeitsplatz schließlich dazu, dass Ihre KollegInnen es erfuhren?

Zunächst glaubte ich auch dort, ich müsste lügen und mich verstellen – bis ich dann 2007 auf die GayCops stieß. Da verlor ich meine Furcht. Ich gehe seit damals immer zu den Regenbogenbällen und -paraden, bis dann die ersten Fotos im Internet waren – auf einer schwulen Homepage. Dann sprach mich ein Kollege im Büro darauf an, und es stellte sich heraus, dass es manche schon gehäht hatten, letztlich war es aber allen egal. Irgendwann wusste es dann der ganze Bezirk. Da hatte ich schon das Gefühl, dass mir manche Kollegen nicht mehr die Hand geben wollten. Ich habe dann demonstrativ die Hand noch länger hingehalten, bis sie sie dann doch schüttelten.

Was waren Ihre Erfahrungen bei Ihrer Partnerschaft?

Als Polizist habe ich gewisse Pflichten gegenüber dem Dienstgeber. Dazu gehörte, dass ich meine Verpartnerung melde. Das weiß dann der Postenkommandant, das Bezirkspolizeikommando, das Landespolizeikommando – und das Innenministerium. Bei mir war es kein Problem – alle haben es zur Kenntnis genommen, und das war's. Nur der zuständige Beamte vom Bezirkspolizeikommando hat mich interessiert darauf angesprochen – es war ein nettes Gespräch. Doch davor hatte ich mich am meisten gefürchtet: Was wird das Bezirkspolizeikommando dazu sagen?

Spielt das Thema Outing bei GayCops eine wichtige Rolle?

Ja, das wird im Forum heiß diskutiert. Es gibt die Angst: Ich habe mir etwas geschaffen, ich bin in einer gewissen Position, die KollegInnen haben ein gewisses Bild von mir und respektieren mich – wenn ich mich oute, wie wird das dann sein? Was ist, wenn ich mich woanders hinversetzen lassen will, wenn ich mich bewerbe, wenn ich einen Kurs machen will – werde ich dann noch genauso behandelt wie vorher, oder gibt es dann plötzlich Ausreden, warum ich nicht zum Zug komme? Es besteht eine Angst vor Karriereeinbußen und davor, die bisherige Wertschätzung der KollegInnen zu verlieren. Dabei bewahrheiten sich diese Ängste üblicherweise nicht: Wir haben geoutete und nicht geoutete KollegInnen in führenden Positionen. Der Unterschied ist wie Tag und Nacht. Die geouteten KollegInnen haben auch schon Karriere gemacht. Aber die, die Angst haben – die haben wohl berechtigt Angst. Das müssen wir respektieren. Ein GayCop aus Vorarlberg hat sich geoutet – ein heterosexueller Kollege wollte nicht mehr mit ihm im Dienstwagen fahren!

Warum nicht?

Aus Angst, es könnte zu einem sexuellen Übergriff kommen. Dabei fahren ja auch Frauen mit Männern im Dienstwagen, und es kommt zu keinen Übergriffen. Es kann nur diese Angst sein, ich kann es mir nicht anders vorstellen – was eigentlich verrückt ist.

Haben es lesbische Frauen dann bei der Polizei leichter als schwule Männer?

Nein. Lesben werden in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen als Schwule – aber lesbische Polizistinnen haben genauso Angst vor dem Coming-out. Und es gibt da komische Vorurteile. Wir haben lesbische Kolleginnen – etwa ein Fünftel der GayCops-Mitglieder sind Frauen –, aber nicht jede



Schatzer über die Niederlande: „Ein Traum, dort erhalten KollegInnen der GayCops von der Regierung finanzielle Unterstützung.“

Polizistin mit kurzen Haaren ist lesbisch! Die kurzen Haare sind schlicht und einfach praktischer beim Tragen der Polizeikappe.

Was bedeuten diese homophoben Stereotypen bei der Polizei für die LGBT-Community?

Viele Leute aus der Community haben Angst vor der Polizei – deswegen hatten wir da auch eine Plakataktion: „Schutz und Hilfe“. Viele Delikte werden von Schwulen, Lesben und Transgender-Personen bei der Polizei nicht zur Anzeige gebracht, weil sie Angst haben, sie könnten auf der Polizeiinspektion diskriminiert, beschimpft oder ausgelacht werden.

Wie helfen die GayCops der Community?

Wenn sich jemand nicht traut, kann er/sie zu uns kommen. Wir haben Jugendliche getroffen, die sich regelmäßig in der RosaLilaVilla treffen – sie wurden vor dem Lokal angepöbelt und trauten sich nicht, das anzuzeigen. Manche, weil sie Angst vor der Polizei hatten, andere, weil sie nicht durch die Anzeige geoutet werden wollten. Wir haben ihnen dann bei der Anzeige geholfen. Wir beraten Betroffene und gehen dann mit auf die Polizeiinspektion – damit es eben nicht zu so etwas kommt. Doch in der Community gibt es leider noch viele, die gar nicht wissen, dass es die GayCopsAustria gibt – das hat mich schockiert. Homophobe Delikte gehören angezeigt, sonst hört das nie auf.

Sind die Ängste der Community vor der Polizei berechtigt?

Zum Teil leider ja. Ein Beispiel: Ein DJ ging spätnachts vom Pride Village zu seinem Auto – er hatte als Teilnehmer einen speziellen Parkplatz. Ein Polizist fragte ihn, was er hier tue, er dürfe hier nicht parken – darauf zeigte der DJ ihm den Parkschein und sagte: „Ich bin hier auf dem Pride Village.“ Der Polizist antwortete: „Des gehört sowieso alles verboten.“ Und das sind so Dinge, wo es mir als GayCop die Haare aufstellt.



Wie sieht die internationale Vernetzung der GayCops aus?

Wir arbeiten mit den KollegInnen in der Schweiz und in Deutschland eng zusammen. Vor zwei Jahren war das internationale Treffen der EGPA (European Gay Police Association, Anm.) in Wien. Wir sind auch schon gefragt worden, ob wir nicht die Osteuropazentrale der EGPA sein wollen. In Ungarn und in der Slowakei gibt es große Probleme in Sachen Homophobie – da fliegen Steine und Eier bei der Gaypride. Aufgrund der europäischen Gesetze kann der ungarische Staat Gott sei Dank nicht gegen homosexuelle PolizistInnen vorgehen. Wir wurden bereits gefragt, ob wir den vergleichbaren Polizeiorganisationen in Ungarn und in der Slowakei Rückendeckung geben können. Da steigen wir gerade ein. Sie haben massiv mit Diskriminierung – auch von oben – und mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Dort outet sich niemand.

Gibt es ein internationales Vorbild für die GayCopsAustria?

Die Niederlande sind ein Traum – dort werden die KollegInnen von der Regierung finanziell unterstützt, haben Geld für Projekte und sind fix in der Ausbildung eingebunden. Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung ist sehr groß. Deswegen trage ich das niederländische Corps-Abzeichen am Hemd!

Und wie funktioniert die Kooperation mit dem Innenministerium?

Sehr gut. Als ich zuletzt um die Erlaubnis angesucht habe, bei der EGPA-Conference in Dublin wie alle anderen internationalen TeilnehmerInnen meine Uniform zu tragen, hat das klaglos funktioniert. Das ist symbolisch sehr wichtig. Trotzdem würden wir uns freuen, wenn die Kosten für Reisen zu solchen Meetings vom Staat übernommen würden – wie in den Niederlanden auch.

www.gaycops.at

MENSCHENRECHTSBEIRAT

Hausbesuche

Der Menschenrechtsbeirat wurde an der Seite der Volksanwaltschaft neu aufgestellt. Kontrolliert werden seit 1. Juli nicht nur Schubgefängnisse, sondern auch Bundesheerkasernen. Gerungen wird noch darüber, was die MenschenrechtlerInnen dürfen. TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

19 Euro beträgt der Tagsatz nun für die Unterbringung von AsylwerberInnen im Landgasthof. Die Landesregierung überweist pro Kopf und Tag direkt an die PensionwirtInnen. Für Vollpension eigentlich ein Schnäppchenpreis, der freiwilligen Gästen nicht einmal in der Nebensaison geboten wird. Kein Wunder also, dass in den Pensionen an allen Ecken und Enden gespart wird. Kein Wunder auch, dass die Meldungen über mangelhafte Ernährung und hygienische Missstände nicht abreißen. Viele WirtInnen tun ihr Bestes, doch selbst das ist manchmal nicht genug.

Für die Kontrolle der Mindeststandards sind die FlüchtlingsreferentInnen der Landesregierungen zuständig. Doch was, wenn die regionale Behörde selbst kein Interesse an der Behebung gravierender Mängel zeigt wie im Falle Kärntens? Anfang August gab die Volksanwaltschaft bekannt, die Saualm in Kärnten zu überprüfen. Immer wieder geriet der abgelegene Gasthof wegen Missständen in Kritik. Die Kärntner Landesregierung wurde um eine schriftliche Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten. Die ungeklärten Fragen zur Saualm rücken auch eine Institution ins Scheinwerferlicht, die Anfang Juli ihre Arbeit aufgenommen hat: die „Nationale Menschenrechtsinstitution“.

Nummehr übernimmt die Volksanwaltschaft die Agenden des alten Menschenrechtsbeirates, der dem Innenministerium unterstellt war und in den vergangenen Jahren die Arbeit der Polizei kontrollierte. Mit der Anbindung des neuen Menschenrechtsbeirates an die Volksanwaltschaft kommen auch neue Kompetenzen hinzu. Fortan sollen alle Haftorte in Österreich und die Polizeiarbeit kontrolliert werden. Grundgedanke der Umbauarbeiten – sie gehen auf ein ergänzendes UN-Anti-Folter-Übereinkommen (OPCAT) zurück – ist, diese Orte nicht erst bei Missständen, sondern schon präventiv zu inspizieren. Damit soll der besonders wehrlosen Position eingesperrter Menschen Rechnung getragen werden.

Riesenaufgabe

Der Arbeitsumfang ist gewaltig: Die Volksanwaltschaft ist künftig für die Kontrolle von Justizanstalten, Pflegeeinrichtungen, die Schubhaft, das Bundesheer oder auch Einrichtungen für Behinderte zuständig. Die genaue Zahl der Institutionen wird aktuell erhoben, es dürfte sich um 4.000 bis 4.500 handeln. Strittig ist, in welchem Umfang auch Flüchtlingsunterkünfte der einzelnen Bundeslän-



Verabschiedung des alten Menschenrechtsbeirates durch Innenministerin Mikl-Leitner. Seit 1. Juli sind der neue Beirat und seine sechs Kommissionen der Volksanwaltschaft zugeordnet.

der noch hinzukommen. Das hängt davon ab, ob in diesen Pensionen ein persönlicher Freiheitsentzug stattfindet oder nicht. Zwar besteht für Flüchtlinge keine Anwesenheitspflicht, aber auch der Zwang, der sich schon allein aus den Zuweisungen in diese Herbergen ergibt, schränkt die Handlungsfreiheit der Betroffenen ein. Wer etwa über Nacht unentschuldigt fern bleibt, kann bereits seine Grundversorgung verlieren. Im Fall der abgelegenen Saualm in Kärnten wird man wohl von Freiheitsentzug sprechen müssen, bei zentraler gelegenen Örtlichkeiten ist das fraglich. Übrigens: BetreuerInnen haben auch mehrere Fälle dokumentiert, wo Flüchtlinge aus „disziplinären Gründen“ auf die Straße gesetzt wurden. Sie hatten sich über mangelhafte Bedingungen beschwert.

Für ihre neuen Aufgaben ist die Volksanwaltschaft mit 15 zusätzlichen Planstellen und einer Budgetaufstockung von jährlich 1,9 Millionen Euro ausgestattet worden. Sechs Besuchskommissionen werden in Zukunft die Unterbringung von PflegepatientInnen ebenso wie von Bundesheerrekruten und SchubhaftinsassInnen kontrollieren. Sie umfassen 48 Mitglieder, die teils aus dem alten Beirat übernommen wurden. Rund 700 Überprüfungen sollen sie jährlich durchführen. Problem: Statistisch gesehen kann jede Einrichtung

bei jährlich 700 Besuchen bestenfalls alle sechs Jahre besucht werden. Von einer flächendeckenden Kontrolle kann also keine Rede sein. Die NGOs im Menschenrechtsbeirat drängen daher bei der Festlegung von Prüfschwerpunkten auf das Konzept „Klotzen statt kleckern“. Sie wollen, dass die vorhandenen Ressourcen in mehrere Monate dauernde Schwerpunktaktionen gebündelt werden, um den Impact zu steigern und ihre Erfahrungen über einen Prüfbereich nach dem anderen zu sammeln.

Das Verständnis über die Rolle der Besuchskommissionen ist dabei durchaus geteilt. Die NGO-VertreterInnen im Menschenrechtsbeirat verstehen diese als „Diagnoseinstrument“. Ihnen geht es um ein systemisches Verständnis der Menschenrechte, in dem die Wechselwirkungen zwischen Besuchskommission und kontrollierter Einrichtung einen zentralen Stellenwert einnehmen. Schon der Besuch selbst soll als Intervention begriffen werden – und nicht als reine Aufnahme von Daten, die am Ende weitergereicht werden. Oder, aus Sicht der NGOs formuliert: Abzuhaken, ob auf einer Psychiatrischen Station ein Gitterbett verwendet wurde oder nicht, ist zu wenig. Statt schlichtweg Standards abzufragen, sollen schon beim Besuch konkrete Verbesserungen eingeleitet werden.

Ein weiterer Knackpunkt ist, dass die Besuchskommissionen fortan multiprofessionell zusammengesetzt werden. Leider neigt die Volksanwaltschaft dazu, Multiprofessionalität als Mischung aus Juristen, MedizinerInnen und BehindertenvertreterInnen auszulegen. Sozialwissenschaften werden gleichsam als unnütze „Meta-Kompetenz“ gesehen. Vordergründig sorgen sich die VolksanwältInnen darum, dass mit mehr Kompetenzen der Besuchskommissionen einheitliche Standards verloren gehen. Sie sehen die Kommissionen lieber als ihre „Augen und Ohren“. Tatsächlich fällt es ihnen schwer, selbst Kompetenzen abzugeben.

Überkomplexe Konstruktion

Dass die Konstruktion dieses neuen Menschenrechtshauses manchen Außenstehenden überkomplex erscheinen mag, hat mit verschiedenen Interessengruppen und gewachsener Geschichte zu tun. 1999 hatte Innenminister Karl Schlögl (SPÖ) den alten Menschenrechtsbeirat eingerichtet. Schlögl war politisch unter Druck geraten, als Fremdenpolizisten Marcus Omofuma bei einem Abschiebungsversuch fahrlässig getötet hatten. Internationalen Vorgaben folgend, involvierte Schlögl daraufhin die Zivilgesellschaft und berief auch NGO-VertreterInnen in den Beirat. Allerdings mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass diesen u. a. auch vom Innenministerium entsandte Mitglieder gegenüber saßen. Das hatte den durchaus gewünschten Nebeneffekt, dass sich die Exekutive ein bisschen selbst kontrollierte.

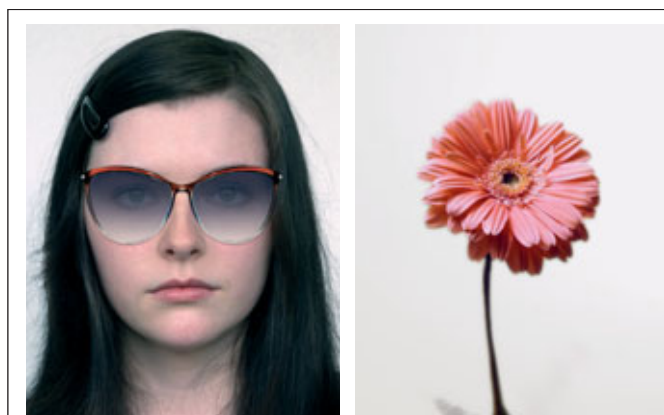
Nach der Verabschiedung des UN-Ergänzungsprotokolls über Folter, das erwähnte OPCAT-Protokoll, hat sich die Volksanwaltschaft in Österreich sehr dafür eingesetzt, diese neuen Kompetenzen zu erlangen. Um nicht unnötige Widerstände zu provozieren, wurde dem alten Menschenrechtsbeirat eine Übersiedlung zur Volksanwaltschaft in Aussicht gestellt. Diesmal allerdings tatsächlich als lediglich beratendes Organ, um im Gegenzug auch die „Selbstkontrolle“ der Polizei loszuwerden.

Nicht alle NGOs vertraten diese Linie. Einige favorisierten eine Installation außerhalb der Volksanwaltschaft, da die parteipolitische Unabhängigkeit durch die Bestellpraxis der VolksanwältInnen durch das Parlament nicht zweifelsfrei gewährleistet ist. Das Boltzmann-

Institut für Menschenrechte weist in seiner Begutachtung darauf hin, dass die drei mandatsstärksten Parteien im Nationalrat „ein direktes De-facto-Entsendungsrecht“ haben. Das hat zur Folge, dass die Entsandten von Koalitionsregierungen nicht notwendigerweise über die geforderte menschenrechtliche Kompetenz, dafür aber über eine Mehrheit im Kollegialorgan Volksanwaltschaft verfügen. Eine Befürchtung, die die rot-schwarze Bundesregierung naturgemäß nicht teilte.

Fraglich bleibt, ob die Volksanwaltschaft in dieser Konstruktion die vollständige Anerkennung als „Nationale Menschenrechtsinstitution“ (NHRI) erlangen kann – ein Status, der vollen Zugang zu den UN-Komitees ermöglicht, in denen ein Großteil der internationalen Menschenrechtsarbeit vorangetrieben wird. Beim letzten Akkreditierungsprozess musste sich Österreich erneut mit einem B-Status begnügen und hat deshalb im Menschenrechtssystem der UNO nur Beobachterstatus.

Noch ist nicht abzusehen, wie gut es der Volksanwaltschaft gelingen wird, ihre Spielräume zu nutzen und das Potenzial freizusetzen, das in der relativ großzügigen Ausstattung steckt. Maßgeblich wird aber die Fähigkeit sein, die unterschiedlichen Interessen und Motivationen, die in einer derart komplexen Institution verankert sind, zu bündeln und in der Pionierphase der Einrichtung die richtige Mischung aus steuernder Zielvorgabe und Zulassen von Eigeninitiative zu finden.



Kathli Herzig / Mario Rott

Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

Brillen.manufaktur [®]

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

ABSCHIEBEVERTRAG

Gute Beziehungen

Außenminister Spindelegger will einen „Rückstau“ von 1.000 Asylanträgen von NigerianerInnen abbauen. Ein Abkommen mit dem westafrikanischen Land soll dabei helfen.

REPORTAGE : SONJA FERCHER, HANNA SILBERMAYR

Sehen Sie“, sagt Urieme Iwagwu* und holt einen Fotoapparat aus der Tasche. Er hat ihn extra zum Interviewtermin mitgebracht. Er zeigt Fotos, auf denen er am Klavier sitzt und musiziert. Um ihn herum andere Menschen, Urieme wirkt glücklich. Die Aufnahmen stammen aus der Kirche einer niederösterreichischen Stadt, in der der Mann aus Nigeria inzwischen eine neue Heimat gefunden hat. Seit drei Jahren ist der Mittdreißiger nun in Österreich und wartet auf einen neuerlichen Entscheid in seinem Asylverfahren. Die ersten Anträge wurden abgelehnt, was aus seinem letzten wurde, das weiß er immer noch nicht. Ein Jahr ist es her, dass er von den Behörden zuletzt gehört hat. Seither lebt er in Ungewissheit.

Anfang Juni reiste Außenminister Michael Spindelegger mit einer Delegation in das westafrikanische Land. Es war das erste Mal in der Geschichte der österreichisch-nigerianischen Beziehungen, dass ein österreichischer Spitzenpolitiker Nigeria einen Staatsbesuch abstattete. Mit im Gepäck hatte er neben wirtschaftlichen Anliegen auch ein Papier, das in der nigerianischen Community in Österreich für Unruhe sorgt: ein Rückführungsabkommen.

Das Abkommen regelt auf zwischenstaatlicher Ebene Abschiebungen oder etwa Verfahren zur Feststellung der Nationalität einer Person. Zusätzlich forciert es eine engere Zusammenarbeit zwischen den nigerianischen und österreichischen Behörden. Wie das Außenministerium betont, sei es Österreich dabei wichtig gewesen, Datenschutz und Menschenrechte in dem Abkommen zu verankern.

„Regierung ist unfähig“

Unklar sind sich NigerianerInnen in Österreich und NGOs darüber, was sich mit dem Abkommen genau ändern wird. Das nährt Spekulationen und Sorgen, immerhin sind Abschiebungen nicht erst seit dem Tod von Marcus Omofuma im Jahr 1999 ein emotionales Thema. Urieme versteht nicht, warum Österreich überhaupt ein solches Abkommen mit Nigeria abschließt. „Was gibt es in Nigeria, das gut ist? Jeden Tag wird jemand umgebracht! Die Regierung ist einfach unfähig, die Sicherheit der Leute zu gewährleisten. In Wahrheit gibt es gar keine Regierung.“ Aus Nigeria ist Urieme geflohen, nachdem ihn eine Bande überfallen

„Für Zahlen müssen Sie sich ans Innenministerium wenden.“ Das Außenministerium

und misshandelt hatte. Er war den Leuten bei einer ihrer kriminellen Machenschaften in die Quere gekommen. Zwar wurden die Männer, die ihn misshandelt hatten, verhaftet, kurz darauf waren sie aber schon wieder frei. Geblieben sind Urieme die Spuren der Gewalt an seinem Körper. Man merkt ihm an, dass ihn die Nachricht über das Abkommen aufwühlt. Für Aufregung sorgt zudem eine Zahl, die in den Medien kolportiert wird. Außenminister Spindelegger sprach von einem „Rückstau“ von rund 1.000 abgelehnten Asylanträgen, die möglichst rasch aufgearbeitet werden sollen. Unter NigerianerInnen in Österreich macht diese Zahl die Runde, Akono Karimo* nennt sie im-

mer wieder. Dem Dementi der Botschaft will er nicht recht Glauben schenken. Dazu misstraut er der nigerianischen Regierung zu sehr. „Wir kennen sie, deshalb haben wir Angst“, erklärt er. Akono verließ Nigeria aus religiösen Gründen. Seine Asylanträge wurden bislang abgelehnt, nun hofft er auf seinen letzten Einspruch. Wie Urieme hängt auch der Anfang 20-Jährige in der Luft.

Es ist nun schon mehr als zehn Jahre her, dass er Nigeria verlassen hat. Sein Fluchtweg führte ihn durch unterschiedliche afrikanische Länder, bis er die gefährliche Reise übers Mittelmeer Richtung Europa antrat. Vor drei Jahren kam er in Österreich an. „Was soll ich in Nigeria? Ich kenne dort niemanden mehr.“ Während er seine Geschichte erzählt, sitzt Akono zusammengesunken auf seinem Stuhl. Er wirkt deprimiert, die meiste Zeit schaut er auf den Boden. Doch als das Gespräch auf das Abkommen kommt, blickt er auf einmal wütend auf: „Und die sitzen in ihren klimatisierten Büros und unterschreiben solche Abkommen!“

Reiner Zufall

In der Tat ist das Büro der nigerianischen Botschafterin Maria Laose in Wien klimatisiert. Die Aufregung über das Rückführungsabkommen ist auch zu ihr vorgedrungen. Sie hat sich extra Zeit für ein Interview genommen. „Das Abkommen ist nicht neu, darüber wird schon seit mehr als zehn Jahren verhandelt“, betont die Botschafterin. Offenbar will sie das Gerücht aus der Welt schaffen, es ginge um ein Tauschgeschäft. Und sie wehrt sich gegen den Vorwurf, der nigerianische Staat hätte nicht genügend auf den Schutz seiner BürgerInnen geach-



Außenminister Spindelegger, empfangen von Sultan Muhammadu Sa'ad Abubakar III. Er gilt als geistiger Führer der 70 Millionen MuslimInnen in Nigeria. Rechts: Botschafter Stefan Scholz.

tet. „Nigeria unterzeichnete dieses Abkommen einzig und allein in der Absicht, seine Staatsbürger zu schützen. Dass es gleichzeitig mit dem Handelsabkommen unterzeichnet wurde, ist reiner Zufall“, so Laose.

Genau dieses Motiv sieht aber Joana Adeswa Reiterer hinter dem Abkommen. „Ich glaube, dass wirtschaftliche Interessen dahinterstecken. Nigeria versucht momentan, internationale Firmen ins Land zu holen. Und was wollte Österreich im Gegenzug? Dass sich Nigeria zur Rücknahme von Flüchtlingen verpflichtet.“ 2006 hat Adeswa Reiterer den Verein EXIT gegründet, der sich der Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution widmet. Bis jetzt, sagt sie, hätte es öfter Probleme zwischen den österreichischen Behörden und der nigerianischen Botschaft gegeben. Die Botschaft hatte sich immer wieder geweigert, Reisedokumente auszustellen. Diese braucht die Republik Österreich aber, um Menschen nach Nigeria rückzuführen. „Jetzt versucht man eben, einen offiziellen Weg zu gehen“, glaubt Reiterer.

Neue Informationspflicht

Auch der Blogger Uzoma Ahamefule lässt an dem Abkommen kein gutes Haar. Der 42-jährige Nigerianer lebt seit mehr als zehn Jahren in Österreich. „Die nigerianische Community ist aufgebracht, wir sind sehr verbittert“, sagt er. Auch wenn er nicht mehr Abschiebungen befürchtet, wäre es ihm doch wichtig, dass sich die Botschaft lieber in anderen Bereichen für ihre StaatsbürgerInnen einsetzt. „Die Nigerianer wären sehr glücklich zu hören, dass ihre Bildungsabschlüsse in Österreich anerkannt werden. Dann könnten sie in dem Beruf arbeiten, in dem sie auch ausgebildet wurden.“ Ahamefule selbst ist pharmazeutisch-kaufmännischer Assistent, kann diesen Beruf hier aber nicht ausüben. Verbesserungen bringe das Abkommen jedenfalls keine: „Ich sehe das Interesse Nigerias nicht.“

Botschafterin Laose erhofft sich hingegen positive Effekte. Etwa im Fall von Verhaftungen nigerianischer StaatsbürgerInnen. „Ich habe davon oft nur erfahren, wenn mich die Person angerufen oder mir jemand davon berichtet hat“, erklärt sie. Fortan soll die

Botschaft informiert werden. Auch im Fall von Abschiebungen sollte sich die Gebarung anders gestalten: „Die ausgewiesenen Nigerianer müssen ihr Geld holen und sich von ihren Kindern – falls vorhanden – verabschieden können. Dass die Personen einfach auf der Straße verhaftet und direkt abgeschoben werden, ist nun nicht mehr möglich.“ Verärgert ist Laose über die zitierten 1.000 NigerianerInnen. Sie habe das österreichische Außenministerium um Aufklärung gebeten, dort habe man die Zahl aber dementiert. Ein öffentliches Dementi folgte bislang allerdings nicht. Auch gegenüber MO wollte das Außenministerium zur Aussage der Botschafterin nicht Stellung nehmen. Für Zahlen müsse man sich an das Innenministerium wenden, erklärt ein Mitarbeiter am Telefon. Auf die Frage, wie das Innenministerium eine Aussage des Außenministers kommentieren solle, beginnt der Mitarbeiter zu stottern. Er hat es auf einmal sehr eilig, das Gespräch zu beenden: „Wie gesagt, für Zahlen müssen Sie sich an das Innenministerium wenden. Vielen Dank für Ihren Anruf ...“ Eine zuvor versprochene schrift-



Marcus-Omofuma-Gedenkstein. Der 26-jährige Asylwerber aus Nigeria wurde 1999 bei einer Abschiebung von drei Polizisten mit Klebebändern erstickt.

liche Beantwortung der Anfrage von Seiten des Außenministeriums erfolgt nicht mehr. Wie viele NigerianerInnen sich aktuell tatsächlich ohne gültige Aufenthaltserlaubnis in Österreich befinden, weiß auch Botschafterin Laose nicht. Nur: „1.000 in keinem Fall, es sind weitaus weniger“, ist sie überzeugt. Im Innenministerium erklärt man, dass man Zahlen erst dann nennen könne, wenn das Abkommen ratifiziert wurde. Allerdings hatte man dort zuvor betont, dass nur wenige Änderungen durch das Abkommen zu erwarten sind. Eine Einschätzung, die Alexander Wuppinger vom Verein „Sudara“, der afrikanische Asylwerber berät, teilt: „Dafür hätte sich Spindelegger die Reise sparen können“, meint er. Auch er erwartet in der Praxis kaum Auswirkungen.

Datenaustausch mit Fluchtland

Anders sieht das die Grüne Nationalratsabgeordnete Alev Korun, sie steht dem Abkommen kritisch gegenüber. Zwar äußert sie sich positiv darüber, dass im Abkommen die Einhaltung der Menschenrechte verankert ist. Doch Österreich hatte auch angekündigt, abgeschobene NigerianerInnen bei der Wiedereingliederung in Nigeria zu unterstützen. Außenminister Spindelegger habe das im Parlament sogar als Kernstück des Abkommens dargestellt. „Davon ist im Vertragstext nicht mehr viel übrig geblieben“, kritisiert sie. „Nur an einer einzigen Stelle im Vertrag

– abgesehen von der rechtlich nicht bindenden Präambel – ist diese Unterstützung verankert. Sie beschränkt sich auf freiwillige Rückkehrer.“ Für problematisch hält Korun außerdem die Bestimmungen, auf welche Weise die nigerianische Staatsbürgerschaft nachgewiesen werden kann. Das ist ihr zu weit gefasst, sie spricht gar von einem Freibrief: „Es ist so ziemlich alles möglich, um die mutmaßliche Staatsbürgerschaft nachzuweisen.“ Das sei vor allem deshalb problematisch, weil Nigeria im Zuge der Verhandlungen von Österreich einen Anreiz bekommen habe, möglichst viele Menschen als Nigerianer anzuerkennen. Als besonders problematisch erachtet sie das Kapitel Datenschutz, das dem Außenministerium so wichtig war. Korun: „Es bedeutet, dass im Grunde alle Daten ausgetauscht werden können. Das ist besonders problematisch bei Asylwerbern, die aus berechtigten Gründen Informationen nicht mit Nigeria teilen wollen bzw. nicht möchten, dass Nigeria weiß, dass sie Asyl beantragt haben.“ Darüber hinaus würden im Abkommen alle Vorkehrungen für ein Berufungsverfahren oder andere Möglichkeiten der Betroffenen fehlen, die Rückführung bzw. den Staatsbürgerschaftsnachweis anzufechten.

Wirtschaftsinteressen gegen Flüchtlinge. Joana Adesuwa Reiterer ortet im Abkommen einen Deal.

Ins gleiche Horn stößt Joana Adesuwa Reiterer: „Wir haben in Nigeria die erste Regierung, die die Tatsache, dass es Menschenhandel gibt, anerkennt. Im Kampf gegen Zwangsprostitution ist es wichtig, dass die Frauen den Behörden vertrauen können, damit sie überhaupt erst gegen ihre Peiniger aussagen.“ Nun befürchtet sie negative Konsequenzen des Abkommens: „Wenn die



Adesuwa Reiterer fürchtet negative Konsequenzen für zwangsprostituierte Frauen.



Nigerias Botschafterin Laose: „Das Rückführungs- und Handelsabkommen gleichzeitig unterzeichnet wurden, ist reiner Zufall.“

Frauen sehen, dass sie abgeschoben werden, nachdem sie ausgesagt haben, schweigen sie lieber“, erklärt sie. Darum sollte die Möglichkeit bestehen, die Frauen auf eine Sperrliste zu setzen, die sie vor einer möglichen Abschiebung schützt.

Arbeiten dürfen

Die Kamera mit den Fotos aus der Kirche ist nicht das Einzige, was Asylwerber Urieme zum Gespräch mitgebracht hat. Immer wieder kramt er in seiner Tasche. Er holt Sprachzertifikate hervor, Bestätigungen über gemeinnützige Arbeiten, die er für die niederösterreichische Gemeinde verrichtet hat, und ein Empfehlungsschreiben des dortigen Bürgermeisters. „So etwas hat nicht jeder“, ist er überzeugt. Bei allem, was Urieme mitgemacht hat, ist er doch froh, in Österreich zu sein. Es ist ihm gelungen, in Niederösterreich Fuß zu fassen. Seine Tage verbringt er damit, Deutsch zu lernen. Und er versucht, ein bisschen zusätzliches Geld zur staatlichen Grundversorgung dazuzuverdienen. Im Winter schaufelt er Schnee, im Sommer verrichtet er Gartenarbeiten oder eine der wenigen anderen Tätigkeiten, die ihm als Asylwerber erlaubt sind. Außerdem verkauft er eine Straßenzeitung. Die kleine Gemeinde, in der er sich länger aufgehalten hat, bezeichnet er inzwischen als seine zweite Heimat: „Wenn ich dort hinkomme, fühle ich mich wie zu Hause.“ Nur einen Wunsch hat er neben der Erteilung des Asyls noch: arbeiten zu dürfen und für seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Dies ist auch Akonos größter Wunsch. Der sonst so geschlagen wirkende junge Mann lebt bei der Frage, was er gern machen möchte, geradezu auf: „Ich würde alles machen, wo ich von Nutzen sein kann.“

*Name von der Redaktion geändert



MENSCHENJAGD

„Wir säubern Griechenland“

Seit die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ in das griechische Parlament eingezogen ist, häufen sich Überfälle auf MigrantInnen. Selbst Parteipolitiker sind darin verwickelt.

LOKALAUGENSCHNITT, FOTO: EVA SIMMLER

Irini* kommt aus Kreta, hat in Athen Pharmazie studiert, dort jahrelang keine adäquate Arbeit gefunden und ist, weil das Leben im Familienverband die einzig finanzierbare Option ist, schließlich wieder nach Kreta zurückgekehrt. Heute betreibt sie mit einer Freundin ein kleines Labor, wo sie aromatherapeutische Arzneien produziert: „Da ich wenig Ansprüche habe, reicht es zum Überleben“, sagt sie. Politisch aktiv war Irini schon immer. Früher in den Jugendorganisationen der „Partei ihrer Eltern“, der sozialdemokratischen Pasok. Jetzt bezeichnet sie sich als „radikale Demokratin“ und ist in so-

lidarischen Initiativen und antifaschistischen Projekten engagiert. Einmal wöchentlich arbeitet sie ehrenamtlich in einem Weltladen in der Altstadt von Chania, der zweitgrößten Stadt der Insel. Im gleichen Gebäude befindet sich auch ein autonomes Zentrum für MigrantInnen, das juristische und soziale Beratung, Sprachkurse und auch Lebensmittel und Kleidung unentgeltlich anbietet.

Irini erzählt von einem Vorfall, der sie verstört hat: Kurz vor den Wahlen im Mai wurde das Lokal angegriffen. Obwohl einige PassantInnen auf der Straße waren, zertrümmerten die Männer die Glasfassade und skan-

dierten dazu rassistische Parolen. Die Täter konnten ausgeforscht werden, darunter fand sich auch ein bekannter Kandidat der wahlkämpfenden Partei Chrysi Avgi. Das Verfahren gegen den Parteipolitiker findet in unbestimmter Zeit statt, der Gewaltakt in Chania hat ihm oder seiner Partei wenig geschadet. Irini glaubt, dass viele, vor allem junge Menschen just wegen solcher Aktionen Chrysi Avgi wählen würden. In Zeiten ökonomischer Ohnmachtsgefühle und landesweiter Depression würden derartige Handlungen als „aktiv und mutig“ bewundert und zumindest mit einer Wahlstimme belohnt.

„Chrysi Avgi“ wird meistens mit „Goldene Morgenröte“ übersetzt. Nur die zwei Endbuchstaben müssen variiert werden und es werden daraus die „Goldenen Eier“. Öfter als den offiziellen Parteinamen oder seine unter jungen Linken beliebte Verballhornung hört man in der griechischen Bevölkerung allerdings die Bezeichnung „die Faschistenpartei“, „die ganz Rechten“ oder auch „unsere Faschisten“. Der nationalen Betonung folgen fast immer Vergleiche mit anderen europäischen nationalistischen, rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und damit leider auch Verharmlosungen der seit Juni 2012 im griechischen Parlament vertretenen Partei.

Bei beiden Wahlgängen im Mai und Juni erreichte Chrysi Avgi knapp 7 Prozent und stellt nun 18 von 300 Abgeordneten. Davor war die Partei bereits mit einem Mitglied im Athener Stadtrat vertreten. Der landesweite Wahlerfolg überraschte und schockierte aber. Der Wahlkampf war neben primitiven Sündenbockphrasen von hasserfüllter Propaganda gegen NichtgriechInnen und von rhetorischer und teils offen ausgeübter Gewalt geprägt. Internationale Medien wurden auf Chrysi Avgi durch einen Eklat während einer TV-Talkshow aufmerksam, in der ihr Pressesprecher Ilias Kasidiaris zwei weibliche linke Abgeordnete körperlich attackierte. Medienwirksam inszenierte dieser Funktionär ein paar Tage später einen Besuch auf einer Polizeistation. Dort bestellte er einen Waffenschein. Es ist auch derselbe Kasidiaris, der im Juli in einer Parlamentsrede von einer Verschwörung gegen Griechenland spricht, die von „Untermenschen ohne Bewusstsein, ohne Land und ohne nationale Kultur“ angezettelt werde. Zur Vermeidung illegaler Einwanderung von „afghanischen Messerstechern und albanischen Räuubern“ empfiehlt er neben der Entsendung militärischer, bewaffneter Sondereinheiten auch die Verlegung von Landminen im Grenzgebiet. Zur Dämonisierung von MigrantInnen leisteten laut Irini aber auch die beiden Großparteien – die konservative Nea Demokratia und die sozialdemokratische Pasok – ihren Beitrag: durch eine gewisse Selbstsucht, fehlende Integrationsmaßnahmen, eine nicht funktionierende Arbeitsmarktverwaltung. Auch das totale Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik trug ihren Teil bei.

Polizei sagte, ich solle lügen

Auf der Pressekonferenz einer antirassistischen Organisation gibt Mohamed Zahib Folgendes zu Protokoll: „Die Polizei sagte, ich soll behaupten, mich hätten pakistanische Landsleute geschlagen, nicht Mit-

glieder von Chrysi Avgi.“ Der Mann wurde im Juni in Korinth von drei Motorradfahrern mit Ketten schwer verletzt. Da sich viele ihrer Mitglieder in klassischer Neonazi-Montur zeigen und seit den Wahlerfolgen dieses Jahres ganz offen die Zugehörigkeit zu Chrysi Avgi betonen, fällt es den bedrohten und angegriffenen MigrantInnen nicht schwer, diese zu identifizieren. Anzeigen erfolgen jedoch sehr selten. Die Polizei zeigt sich meist wenig interessiert, schüchtert die Opfer teilweise sogar ein und verlangt oft – gesetzlich legitimierte – 100 Euro für die Amtshandlung.

Es wird berichtet, dass Attacken und Körperverletzungen oft mit Überfällen kombiniert werden. Bilal* – er wurde Opfer eines solchen Überfalls – erzählt: „Sie stürmten Sonntagmorgen unsere Wohnung und haben sich als Exekutive ausgegeben, sie würden nach Drogen suchen. Während wir isoliert wurden, haben sie alles durchsucht und unsere sämtlichen Ersparnisse mitgenommen. Die Polizei hilft uns nicht, wir fühlen uns wie rechtlose Tiere.“ Dass es sich bei den Tätern um Mitglieder oder Sympathisanten von Chrysi Avgi handelt, hätten die Angrei-

In Athen formieren sich Nachbarschaftsinitiativen gegen rassistische Angriffe.

fer schließlich selbst gesagt: „Sie meinten, sie seien gekommen, um Griechenland sauber zu machen.“

Die Vermutung, dass Angehörige von Polizei, Militär und Geheimdienst mit Chrysi Avgi sympathisieren oder gar kooperieren würden, konnte bislang nicht verifiziert werden. Durch Analysen der Wahlergebnisse – Athener PolizistInnen sind in bestimmten Wahlkreisen registriert – kann davon ausgegangen werden, dass rund die Hälfte der ExekutivbeamtenInnen der Hauptstadt für Chrysi Avgi gestimmt haben. Ein im Juli in Athen präsentierter Bericht von Amnesty International attestiert der griechischen Polizei systematische Anwendung von Gewalt und Folter – nicht ausschließlich, aber auch – gegen MigrantInnen, und kritisiert die offizielle Darstellung der Behörden, bei nachgewiesenen Übergriffen handle es sich um Einzelfälle. Griechische Medien und die Politik gehen auf diese Vorfälle nicht ein. Wer sie thematisiert, riskiert, als VerschwörungstheoretikerIn abgetan zu werden.

„Natürlich gibt es viele PolizistInnen, die jetzt Chrysi Avgi wählen“, erzählt Jannis*, ein frühpensionierter Polizist. Er kann sich



das auch erklären: „Wir waren Respektspersonen, und was sind wir jetzt? Mit den paar hundert Euro, die wir verdienen?“; verweist Jannis auf die massiven Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst. Sympathien für rechte Ideologien habe es im Polizeiapparat immer gegeben, ergänzt er. In der Ausbildung werde von Einigen systematisch gegen Linke gehetzt. Jannis war bekennender Anhänger der Pasok und hat, als das Personal politisch ausgetauscht wurde, seine Arbeit verloren. Das Erstarken von Chrysi Avgi erklärt er als simple Gegenreaktion auf den Erfolg der radikalen Linken. Nun hätten sich die Rechten darangemacht, sich die Straße anzueignen.

Kampflplatz Straße

Das von Jannis erwähnte linke Wahlbündnis Syriza war eindeutiger Wahlsieger und führt



Mitglieder der Neo-Parlamentspartei „Goldene Morgenröte“:
Sie patrouillieren durch die Straßen und verteilen Lebensmittel an GriechInnen nach Passkontrolle.

nun eine starke, wenn auch in ihrer Gesamtheit sehr widersprüchliche Opposition an. Die Ablehnung des von EU, EZB und Währungsfonds verordneten Sparprogramms proklamierte auch Chrysi Avgi. Wahltechnisch gesehen hat sie sich wohl am überzeugendsten von allen rechten Parteien gegen das Spardiktat ausgesprochen. Auch wenn der „Guardian“-Korrespondent Spyros Marchetos etwas zu deftig (und historisch nicht ganz korrekt) formuliert, „Angela Merkel succeeded where the Führer himself had failed, in creating a Nazi party in Greece“, kann ein Zusammenhang von wirtschaftlicher, politischer Abhängigkeit und Viktimisierung mit der Suche nach „einfachen Lösungen“ nicht verleugnet werden. Wie in anderen demokratischen Systemen existiert auch in Griechenland das

Wahlmotiv „Protest“, so wie anderswo profitieren auch hier nationalistische und extreme Positionen. Was jedoch die politische Konstellation in Griechenland so brisant macht, ist eine extrem geschwächte Regierung und eine in großen Teilen frustrierte Bevölkerung, die traditionellerweise ihren Protest auch auf die Straße trägt. Während europäische Gewerkschaften die Entschlossenheit und Organisation der griechischen Berufsvertretungen mit Erstaunen registrieren, läuft AntifaschistInnen wohl ein kalter Schauer über den Rücken, wenn durch Wahlen legitimierte faschistische VolksvertreterInnen die Straße als Kampfplatz ihrer Ideologie wählen. Um die Situation zu verstehen, gilt es an die jüngste Geschichte Griechenlands zu erinnern: an einen blutigen, bis heute nicht aufgearbei-

teten Bürgerkrieg, der der brutalen nationalsozialistischen Besatzung folgte, an die kaum vier Jahrzehnte vergangene Militärdiktatur der Obristen; an die Beunruhigung der Bevölkerung durch terroristische Attentate beiderlei politischer Extreme. „In unseren Schulbüchern steht davon nichts“, betont Irini, und deshalb hilft sie auch mit bei Flugblättern, unabhängiger Medienarbeit und Info-Tischen auf Kreta. Aber auch im fernen Athen formieren sich zurzeit Nachbarschaftsinitiativen, die zusammen mit MigrantInnen versuchen, ihre Gegend vor rassistischen Anschlägen zu schützen. Genauso wie in den ökonomischen Strudeln sind es gerade diese Initiativen, die auch Anlass zu Hoffnung geben.

* Name von der Redaktion geändert.

ZIVILER WIDERSTAND

Seid selbstbewusst!

Seit dem Militärputsch gegen den volksnahen Präsidenten Manuel Zelaya geht der Ausverkauf von Honduras ungehindert weiter. Aber auch Widerstand formiert sich. Eine Reise zu den indigenen ErneuererInnen des Landes.

REPORTAGE: ANDREA LAMMERS, FOTOS: NINA KREUZINGER

Die großen Bananenplantagen, die für Honduras früher typisch waren, haben längst einem Meer von Ölpalmen und anderen Monokulturen für Agro-Treibstoffe Platz gemacht. Die Herrschaftsstrukturen einer „Bananenrepublik“ sind indes nahezu die gleichen geblieben. Das kleine Land im Herzen Zentralamerikas wird weiter von einem Dutzend mächtiger Familien beherrscht. Zudem diente es jahrzehntelang als Militärbasis für die USA zur Aufstandsbekämpfung gegen die Guerilla- und Volksbewegungen in den Nachbarländern Nicaragua, Guatemala und El Salvador. Diese gelten heute als notdürftig „befriedet“. Die neue Militarisierung, die in Honduras soeben beginnt, flankiert aggressive geostrategische und rohstoffbezogene Interessen.

Nicht gewillt, die letzten Lebensräume einer kommerziellen Ausbeutung preiszugeben, rebelliert nun ein Teil der indigenen Völker des Landes, allen voran der „Zivile Rat der Volks- und indigenen Organisationen von Honduras“ (COPINH). Die AktivistInnen von COPINH stammen vom Volk der Lenca ab und verstehen sich ganz explizit als VordenkerInnen einer basisdemokratischen „Neugründung“ des Staates. Zusammen mit Verbündeten aus anderen indigenen Widerstandsbewegungen der Garífuna, Tolupanes, Miskitu und Pech wollen sie einen grundlegenden Wandel der Strukturen in ihrem Land erreichen.

„Seid selbstbewusst, aufrecht und stolz,

wenn sie uns bei der Demo beschimpfen“, ruft Berta Cáceres, unermüdliche Frontfrau von COPINH, den etwa 150 Lenca-VertreterInnen zu, die sich am frühen Morgen des 20. Juli einige Kilometer vor der Provinzstadt La Esperanza versammeln. Langsam kommt Leben in die Menge, die ersten Parolen ertönen: „Lempira vive, la lucha sigue!“ (Lempira lebt, der Kampf geht weiter!). Der 20. Juli wird in ganz Honduras als Tag des „Nationalhelden“ Lempira gefeiert. Gleichzeitig verkünden die offiziellen Geschichtsbücher jedoch, dass Lempira nicht im Kampf

Der Aufdruck „Nuestro Cuerpo, nuestro Territorio“ – Unser Körper, unser Territorium – ist Programm.

gegen die spanischen Eroberer gefallen sei, sondern hinterrücks ermordet wurde. Seine Krieger vom Volk der Lenca seien daraufhin feig geflüchtet und hätten den Kampf aufgegeben. Grund genug für COPINH, energisch gegen diese Version der Geschichte und die alljährliche folkloristische Vereinnahmung des Lenca-Kriegers Lempira zu protestieren. Für die Lenca, von denen es in Honduras nur mehr rund 400.000 Nachfahren gibt, ist rassistische Ausgrenzung noch immer Alltag. Erst vor Kurzem wurden Lenca-Frauen vor einer Shopping Mall in La Esperanza mit Wasser bespritzt, damit sie den Gehsteig verlassen, empört sich Berta Cáceres: „Ich

habe als Kind miterlebt, wie meine Mutter von den Nachbarn geächtet wurde, weil sie Lenca-Frauen bei Geburten half. Das prägt einen fürs Leben. Bis heute findet ihr hier Ärzte, die sich weigern, eine ‚stinkende Indianerin‘ zu behandeln!“

Kleine Geschenke

Während sich die Sonne langsam gegen den Morgennebel durchsetzt, verkauft Bertas jüngste Tochter Halstücher an die wartenden DemonstrantInnen. Der Aufdruck auf den lila Stoffdreiecken „Nuestro Cuerpo, nuestro Territorio“ (Unser Körper, unser Territorium) ist Programm. Die zierliche Pädagogikstudentin erklärt, dass nicht Theorie, sondern persönliche Erfahrung hinter ihren Aktivitäten stehe: „Als meine Eltern 1993 COPINH mitgegründet haben, hatten sie keine Ahnung von den Zapatistas in Mexiko, ebenso wenig von Feminismus. Aber ihnen war klar, dass sie den Machismus und Rassismus, den sie so oft erlebten, keinen Tag länger ertragen wollten.“ Bertas Mutter schaltet sich in entschlossenem Tonfall ins Gespräch ein: „Ohne den antipatriarchalen Kampf ist unser ganzes sonstiges Engagement vergeblich. Dagegen ist jeder Protest gegen ein transnationales Megaprojekt ein Klacks!“ Männer, die als Schläger oder Vergewaltiger bekannt sind, werden bei COPINH rigoros öffentlich angeprangert. Keine leichte Aufgabe, sagt Berta: „Frauen zu überzeugen, dass sie ihre eigenen Männer in unserem kommunalen



Protestzug gegen den neuen Präsidenten. Er plant, Land der Indigenen an Konzerne für Bananenplantagen und ein Wasserkraftwerk zu verkaufen.



Basisdemokratie unter Lenca-Bauern in La Esperanza: Sie erörtern eine Strategie gegen InvestorInnen.

Radio bloßstellen, ist schwer. Aber da sind wir konsequent.“

Allmählich formiert sich nun der Demonstrationzug für den „Lempira-Tag“. Mit Trommeln ziehen sie über Feldwege und Landstraßen Richtung Stadtzentrum. Ein kurzer Stopp zum Gedenken an neun ermordete COPINH-AktivistInnen, nach zwei Stunden ein weiterer vor einem hübschen blau-gelben Kolonialgebäude. Dort logiert die regionale Polizei. Vielstimmig tönt es: „Gerechtigkeit für Santos Alberto! Keine Straflosigkeit für Sicherheitskräfte!“ Der 24-jährige Mitschreiber von COPINH hatte gegen ein Wasserkraftwerksprojekt am Rio Blanco protestiert. Ende April erschossen ihn Polizisten vor den Augen seiner Mutter, als er von der Feldarbeit zum Mittagessen nach Hause kam.

Santos Albertos' Zuhause, das Dorf San Bartolo, präsentiert sich nach mehrstündiger Fahrt über kurvenreiche Waschbrettpisten als bucklige Wiese – darauf ein kleines Schulgebäude aus Lehmziegeln mit einem einzigen Klassenraum und zwei Latrinen daneben. Rundum bewaldete Hügel, das Fluss-

tal des Rio Blanco, verstreut ein paar Gehöfte, kleinbäuerliche Kaffeeplantagen. Der Demo-Zug wird schon erwartet. In der Gemeindehalle, die auch als Kirche dient, haben sich etwa 50 Menschen versammelt, es geht lebhaft her. Hitzig diskutiert man die Probleme in den Gemeinden, immer wieder rufen die RednerInnen zum Zusammenhalten auf. Niemand dürfe gefährden, was die Lenca seit Jahrhunderten verteidigen:

Hinter jedem Kraftwerksprojekt steht ein Bergbauprojekt.

die Autonomie ihres Territoriums. Ein älterer Mann berichtet vom Druck, der auf sie ausgeübt wird: „Die Leute vom Bürgermeisteramt und die Ausländer mit ihren Wirtschaftsjahren gehen durchs Dorf und erzählen allen: ‚Wenn ihr mitmacht, dann bekommt ihr Infrastruktur und eine neue Schule. Wer sich aber weigert, wird in diesem Gebiet keine Arbeit mehr kriegen.‘“

Seit mittlerweile drei Jahren richtet sich der Volkszorn in Honduras gegen das Post-Putsch-Regime nach dem Staatsstreich gegen den volksnahen Mitte-Links-Präsidenten Manuel „Mel“ Zelaya am 28. Juli 2009 und gegen den seitdem forcierten Ausverkauf des Landes an multinationale Konzerne. Ein Drittel des Landes wurde seit dem Putsch bereits konzessioniert. Das bedeutet, dass ganze Flussabschnitte für Jahrzehnte in private Hand kommen. Dort können dann nach Belieben etwa Wasserkraftwerke oder andere Industrieprojekte hochgezogen werden. Bereits einmal ist es COPINH gelungen, einen übermächtigen Gegner zu besiegen. Zusammen mit Verbündeten aus El Salvador wurde der Bau des größten Staudamms Zentralamerikas, „El Tigre“, an dem große Konzerne wie Siemens beteiligt sind, verhindert. Schon ist aber von insgesamt 15 neuen Wasserkraftwerken im honduranischen Abschnitt des Grenzflusses Rio Lempa die Rede. Die großen Firmen wollen sich ihre Geschäfte nicht zerstören lassen. Bei den Lenca fragt man sich, wofür derart große Mengen an Energie überhaupt ge-

braucht würden. Die Antwort scheint nahe liegend: Hinter jedem Kraftwerk steht ein Bergbauprojekt. Derzeit ist ein Gesetz zur Deregulierung des Bergbaus im honduranischen Kongress in Arbeit. Noch vor der nächsten Wahl im November 2013 soll es durchgewunken werden.

Neue Bewegung

Der Widerstand in Honduras findet an vielen Fronten statt. COPINH setzt sich gegen Tourismus-Megaprojekte und große Windparks im Bergwald des Hochlandes zur Wehr. Miskitu-Gemeinden im Urwald nahe Nicaragua werden von Erdölexplorationen in ihrer Lebensgrundlage bedroht. An den Karibikstränden wehren sich Garífuna mit aller Kraft gegen Bettenburgen und Luxusresidenzen, aber auch gegen Chartercities – staatsfreie Steueroasen, die sich bestens für das Waschen von Drogengeldern eignen. Nahezu allen indigenen Völkern ist gemein, von der globalen Expansion der Agro-Industrie zurückgedrängt zu werden. Diese tarnen sich gern mit dem Etikett der „Green Economy“. Flankiert werden viele dieser Vorhaben durch verstärkte militärische Präsenz der USA und Richtlinien des neuen Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union.

Um über diese Themen zu diskutieren, hatten sich die DemonstrantInnen schon am Vortag des Lempira-Protostmarsches getroffen. Während rund um die offene Versammlungshalle des autonomen Schulungszentrums „Utopía“ friedlich die Kühe grasten, konfrontierte der Politologe Rovertto Barra – extra aus der Hauptstadt Tegucigalpa angereist – das Auditorium mit eher pessimistischen Perspektiven: „Glaubt bloß nicht, dass eine linke LIBRE-Regierung wirklich etwas ändern wird. Honduras ist so gut wie pleite. Überlegt mal, wo das Geld für eure ‚Neugründung des Landes‘ herkommen soll! Aus dem, was sie ‚natürliche Ressourcen‘ nennen!“ Ungläubige Gesichter umgeben ihn. Die Hundert, die da in vom vielen Schrubben auf Steinen zerschlissenen Karohemden und leichten Kleidern aus den Secondhand-Läden der Stadt sitzen, mit ihren Cowboyhüten aus Plastik oder leuchtenden Kopftüchern, wollen sich die Hoffnung auf einen Wahlsieg im nächsten Jahr nicht so gern nehmen lassen. Einzelne immerhin nicken nun doch ernst und geben leise Kommentare ab.

Berta Cáceres rüttelt die Menge mit einer ihrer typischen Brandreden auf: „Freunde! Ist euch kalt oder schlaft ihr noch? Wisst ihr, was der größte Erfolg von COPINH ist? Leonardo dort hinten weiß es. Er saß drei Jahre im Gefängnis. Weil er ein COPINH ist,



COPINH-Frontfrau Berta Cáceres setzt sich für die Autonomie der indigenen Völker in Honduras ein.

wurde er gefoltert. Unser größter Erfolg ist, dass es uns noch gibt! Sie haben versucht, uns mit Ämtern und Auslandsstipendien zu bestechen. Sie bieten uns Geld an und – wenn das nichts hilft – Gewehrkgeln! Selbst wenn LIBRE gewinnen sollte – glaubt ihr wirklich, deren paar Abgeordnete werden unsere Interessen vertreten können?“

Die Situation ist kritisch. Es waren COPINHes, die den weggeputschten Präsidenten Zelaya 2009 vor dem bevorstehenden Staatsstreich gewarnt und zu einer Massenerhebung aufgerufen hatten, und es sind jetzt wieder COPINHes, die vor dem um sich greifenden Wahl-Triumphalismus und dem Erlahmen der außerparlamentarischen Opposition warnen. Ginge es nach heutigen Umfragen, so würde zwar die aus der zivilen Widerstandsbewegung gegen den Putsch und einigen Dissidenten der liberalen Partei hervorgegangene neue Partei LIBRE (Libertad y Refundación – „Freiheit und Neugründung“) mit der Zelaya-Gattin Xiomara Castro als Präsidentschaftskandidatin die Wahl im November 2013 gewinnen. NGOs rechnen allerdings mit einem äußerst

schmutzigen Wahlkampf, mit sorgfältig verschleiertem Wahlbetrug und – möglicherweise – noch mehr Toten.

Auf den Straßen von La Esperanza bewegt sich der Demonstrationszug langsam weiter zu seinem Endpunkt. Die Sonne steht im Zenit, als die AktivistInnen die von zahllosen Pilgerfüßen ausgetretenen, steilen Stufen zur „Gruta“, einer Kapelle auf einem bewaldeten Hügel über der Stadt, hinaufsteigen. COPINH wehrt sich gegen die Umwandlung dieses traditionell-religiösen Heiligtums der Lenca und der katholischen Kirche in ein marketingtaugliches Kultur- und Tourismuszentrum aus Zement und Stahl. Berta erinnert an die Geschichte der Stufen: Sie wurden in den 1930er Jahren von politischen Gefangenen, Lenca-Zwangsarbeitern, aus dem Fels ihres vorkolonialen Heiligtums gehauen.

Beim Hinuntersteigen im Mittagslicht dieses „Lempira-Tages“ mögen sie Manche an Eisensteins berühmte Treppe im Filmepos „Panzerkreuzer Potemkin“ erinnern.

www.hondurasdelegation.blogspot.de



Unbeugsamkeit.

Oder mit anderen Worten:
Schön, dass DER STANDARD eine Tageszeitung ist,
die in ihrer Haltung stets aufrecht bleibt.



3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leser

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



Abends in der Zohmannngasse, bei Frau Bock läutet es an der Tür. Ein Mann in zivil, begleitet von zwei uniformierten Polizisten, erkundigt sich nach einem Asylwerber. Der Mann in zivil ist Fremdenpolizist. Er ist auffallend freundlich, die Streifenpolizisten schließen sich dem Tonfall an. Frau Bock sagt, sie glaubt nicht, dass der Gesuchte da ist, aber sie könnten ja nachsehen. Die Beamten gehen im Haus hoch, das Zimmer ist leer. Der Fremdenpolizist ersucht, den Betroffenen zu verständigen. Frau Bock bejaht. Wenige Minuten später sind die drei Beamten wieder verschwunden.

DER BLUMENSTOCK-EKLAT

Seit knapp einem halben Jahr hilft Frau Bock Flüchtlingen nun im 10. Bezirk mit einer Wohnung. Aufgeregte Anrainer, sagt Frau Bock, hätten sich wieder beruhigt. Sie erinnert sich: Leute gibt's. Auf einer Veranstaltung, wo wir uns den Anwohnern vorgestellt haben, war ein ganz aufgeregter Mann. Der ist gleich über das Gesellenheim von damals hergezogen. Da gab's einen Jugendlichen, der hat im 4. Stock einen Blumenstock am Fensterbrett stehen gehabt. Er war beim Gießen ungeschickt und das Blumenstöckl ist unten auf ein Auto gefallen. War kein großes Problem, wir waren versichert, der Besitzer, also der Mann, der sich jetzt so aufgeregt hat, war auch versichert. So was passiert in jedem Gemeindebau. Jetzt hat

er aber den Leuten erzählt, dass jeden Tag die Blumenstöckl bei uns durch die Fenster geflogen sind. Sag' ich zu ihm: Glauben Sie wirklich, wenn der da drinnen schlafen will, dass er sich durch die Scheiben ein Blumenstöckl haut, dass es kalt herein geht? Genau der Mann hat vorgestern seinen Wagen unter meinem Fenster geparkt. Ich hab leider das Fenster nicht rechtzeitig geöffnet, sonst hätt' ich ihn gefragt: Habens keine Angst vor den Blumenstöckln? Ich hab' ihn übrigens mehrmals beim Greißler getroffen, aber nie hat er ein Wort erwähnt.

DUMM IN DER DRESDNER STRASSE

In der Zohmannngasse fand 1999 auch die sogenannte „Operation Spring“ statt. Ich hatte einen jungen Mann, der hat acht Jahre bekommen. Sie haben gesagt, deshalb, weil sie bei seiner Freundin viel Geld – „Drogen-geld“ – gefunden haben. Er hat aber bei einer Gruppe gearbeitet, die alte Autos herichtet und nach Nigeria bringt. Das Geld hat er bei seiner Freundin aufbewahrt. Die Berufung hat nichts genützt. Das Geld hat er in diesen acht Jahren aber zurückbekommen. Das ist doch ein Zeichen, dass er nicht so großartig gelogen haben kann. Er hat in Stein siebeneinhalb Jahre gearbeitet. In den letzten 14 Tagen der Haft kriegt er den ersten negativen Bescheid. Er ruft mich an, was er tun soll, ich sag ihm: Nichts, nächste Woche bist du da, dann machen wir die

Berufung. Er war dann aber nicht da, sondern ist in Schubhaft gekommen. Stellen Sie sich vor... Wenn ich ihn wirklich abschieben will, hol ich ihn gleich von Stein ab und steck' ich ihn nicht auch noch in Schubhaft. Nach zwei Wochen haben sie ihn wieder entlassen, da war dann Rücklage aus Stein verbraucht. Die Schubhaft kostet ja was, das muss man bezahlen... Seine Fürsorgerin in Stein hat ihm erzählt, er hat Anspruch auf Arbeitslosengeld und er darf jetzt auch arbeiten... Ich sag, das glaub ich nicht, aber geh in die Dresdner Straße und frag nach, weil selbst wenn er nichts kriegt, muss er das belegen. Das ist wichtig für die Grundversorgung. Am Arbeitsamt sagt man ihm, er muss in die Wienerbergstraße gehen und sich eine Versicherungskarte besorgen. Dort sagt man ihm, er hat keine Versicherungsnummer. Ich frag in Stein nach, dort wissen sie es nicht. Ich ruf wieder in der Wienerbergstraße an, wo mir die Bearbeiterin sagt: Na, dann muss er halt eine beantragen. Ich frag' sie: Warum sagen Sie ihm das nicht, er ist vor Ihnen gestanden? Er fährt wieder in die Dresdner-, dann in die Wienerbergstraße und reicht ein. Nach drei Monaten kriegt er den Bescheid, dass er keinen Anspruch hat – weil er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung gestanden ist. Hat man das in der Dresdner Straße nicht von Anfang an gewusst?

POPULÄR GESEHEN

Wir sind Helden

Wer damit rechnet, als unterlegen zu gelten, bringt schlechtere Leistungen. „Sterotype threat“ wird dieser Effekt genannt.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Wir müssen nur wollen. Mit Leistung geht alles! So tönt es. Wir sind Helden der Integration! Kleiner Reality Check: Es ist nicht die Leistung, die zählt, es sind auch nicht die Kompetenzen, die honoriert werden. Denn: Noten werden nach Herkunft vergeben. SchülerInnen aus Haushalten mit geringer Bildung erhalten bei gleicher Leistung die schlechteren Noten. Bei gleicher Lesekompetenz fassen sie die deutlich schlechteren Noten aus. Und umgekehrt bekommen SchülerInnen aus universitärem Elternhaus bei gleichen Kompetenzen die besseren Beurteilungen. Beim Übertritt von der Volksschule ins Gymnasium spielt sich dasselbe ab. Bei gleicher Lesekompetenz wechseln 67 Prozent der SchülerInnen mit Akademiker-Eltern in die AHS, 40 Prozent mit Matura-Eltern, aber nur 22 Prozent der SchülerInnen aus Haushalten mit Pflichtschulabschluss. Da eine große Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund aus Elternhäusern kommt, die geringe Bildungsabschlüsse haben, trifft sie das besonders. Hier geht es um Bildungs- und Statushintergrund. Das Schulsystem funktioniert in Österreich offensichtlich nach Herkunfts-, nicht nach Leistungskriterien. *Wir müssen nur. Das ist das Land der begrenzten Unmöglichkeiten.*

STATUS-ANGST

In diesem Zusammenhang gibt es ein weiteres Phänomen, das die Leistung selbst senkt: die Status-Angst. Die Ökonomen Karla Hoff und Priyanka



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Pandey veröffentlichten im Auftrag der Weltbank die Ergebnisse eines ungewöhnlichen Feldversuches. Sie legten Kindern, die sowohl aus einer höheren wie aus einer niederen indischen Kaste kamen, Aufgaben vor. In einem ersten Durchgang schnitten die Kinder aus den niederen Kasten etwas besser ab als die aus den höheren. Niemand wusste, wer welcher Kaste angehört. Dann wiederholte man das Experiment. Zuerst mussten sich die Kinder mit Namen, Dorf und Kastenzugehörigkeit vorstellen, dann durften sie die Aufgaben lösen. Das Ergebnis: Die Leistungen der Kinder aus den unteren Kasten waren deutlich schlechter. Gleiches ergab sich in den USA bei Sprachtests zwischen Schwarzen und Weißen. *Müssen nur. Wir können Pferde ohne Beine rückwärts reiten.* Wenn man eine Gruppe verletzlich macht hinsichtlich negativer Vorurteile, die im gesellschaftlichen Kontext vorherrschen, dann bleibt das nicht ohne Wirkung. Wer damit rechnet, als unterlegen zu gelten, bringt schlechtere Leistungen. «Sterotype threat» wird dieser Effekt genannt, Bedrohung durch Beschämung. Status-Angst und die Folgen negativer Bewertung sind Lern- und Leistungshemmer. Umgedreht heißt das, dass die besten Lernvoraussetzungen in einem aner kennenden Umfeld zu finden sind. Dort wo wir an unseren Erfolg glauben dürfen. Wo wir wollen dürfen und wollen können.

SONDERECHE

Kapitän ohne Kommando

Der Kanzler verkündet, dass die Politik das Steuer nicht mehr in Händen hat. Die Botschaft löst keine Unruhe aus. Sollte sie aber.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Im August forderte Bundeskanzler Werner Faymann in Interviews mit dem Gewicht des Staatschefs: „Wir müssen uns den Primat der Politik zurückholen.“ Die Ansage irritiert. Gar nicht so sehr wegen der (korrekten) Verwendung des männlichen Artikels – der gern vermieden wird, wenn es gilt, den Affen semantisch von der Vorherrschaft zu trennen. Auch nicht, weil der neue Spin ein Bild provoziert, das den Bundeskanzler beim sorgfältigen Studium einer Attac-Broschüre zeigen könnte, die Ärmel sauber hochgefaltet. Faymanns Aussage irritiert vor allem deshalb, weil sie die Frage auflöst, wer uns tatsächlich regiert, wenn nicht die Politik? Und ob diese wahren Herrschenden eigentlich demokratisch legitimiert sind?

Auf die erste Frage gibt der Kanzler gleich selbst die Antwort: „Internationale Finanzmärkte haben sich verselbstständigt und agieren weltweit, ähnlich wie die Umweltzerstörung“. Was der Kanzler nicht ausdrücklich sagt: ähnlich der weltweit agierenden Umweltzerstörung stecken natürlich auch hinter den Finanzmärkten konkrete AkteurInnen. Der Politologe Colin Crouch hat diesen Zustand in seinem vielbeachteten Buch „Postdemokratie“ bereits 2004 beschrieben. Auch für LeserInnen dieses Magazins sind seine Thesen nicht mehr neu. Unsere Demokratie sieht heute so aus, dass deren Institutionen und Verfahren äußerlich intakt sind, während die tatsächlichen Entscheidungen außerhalb des Parlaments

ANDERS GESAGT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

Endlich angstfrei!

Mit der Einrichtung des Integrationsstaatssekretariats ging ein hörbarer Erleichterungsseufzer durch die Redaktionstuben.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN.
Illustration: Petja Dimitrova

fallen. Große Unternehmen üben ihren Einfluss informell durch persönliche Vernetzung aus und machen sich die Regierenden durch Geldflüsse und auf andere Weise dienlich. Die Folgen sind günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen und die Finanzindustrie und eine auseinander klaffende Vermögens- und Einkommensschere. Dass dabei die strafrechtliche Grenze zur Korruption nicht zwangsläufig überschritten wird, zeigte eine Webseite im nominellen Wert von 283.000 Euro, welche die Industriellenvereinigung Karl-Heinz Grasser spendierte. Bislang hat die Politik diesen Umstand in Abrede gestellt. Nun hat der Kapitän also den Passagieren eingestanden, dass nicht die Brücke, sondern Piraten den aktuellen Kurs bestimmen. Auch diese Nachricht haben die Passagiere ruhig vernommen. Offensichtlich glauben sie ohnehin nicht mehr, dass der Souverän am Steuer steht.

Zugegeben: Das Primat der Politik ist noch kein Garant für ein demokratisch organisiertes Gemeinwesen. Wer dies am lebenden Objekt studieren möchte, dem sei ein Blick nach Laos, Vietnam oder China empfohlen. Eine starke Zivilgesellschaft und ein unabhängiger Privatsektor sind ein notwendiges Gegengewicht gegen Missbrauch und Repression. Doch das Patentrezept der Liberalextrémisten, den Staat durch den Markt, die Stimme durch die Geldbörse zu verdrängen, verunmöglicht die demokratische Gestaltung der Res Publica erst recht.

Jeder Besuch in einem Kindergarten oder MigrantInnenverein wird von einer Journalisten- und Fotografenmeute begleitet. Jede neue Initiative ist dann gleich ein „Vorstoß“. Jedem noch so kleinen Projekt werden viele Zeilen und Sendeminuten gewidmet. Beispiellos ist auch, mit welcher Intensität das erste Amtsjahr analysiert und medial abgefeiert wurde. Kaum ein (Nachwuchs-)Politiker kann sich über so viel mediale Aufmerksamkeit freuen. Sie ahnen es schon – die Rede ist von Sebastian Kurz.

Das Sommerloch wurde zu keinem Kurzloch. Während andere PolitikerInnen urlauben, unternimmt Kurz eine Bildungsreise. In den USA und Kanada sucht er nach Modellen für erfolgreiche Integration. Auch in Übersee kann sich der Integrationsstaatssekretär auf die mediale Begleitung aus der Heimat verlassen: Fast alle österreichischen Tageszeitungen brachten bereits stimmungsvolle Reportagen und Interviews aus New York und Toronto.

Verstehen Sie mich nicht falsch, das Thema Integration hat nach jahrzehntelanger Ignoranz seitens der Mainstream-Medien selbstverständlich viel Aufmerksamkeit verdient.

Vor mehr als zwei Jahren veröffentlichte der Österreichische Integrationsfonds eine Studie mit dem sperrigen Titel „Einstellungen von ChronikjournalistInnen österreichischer Tageszeitungen zu den Themen Migration und mediale Integration“. Die Umfrage ergab u.a., dass viele

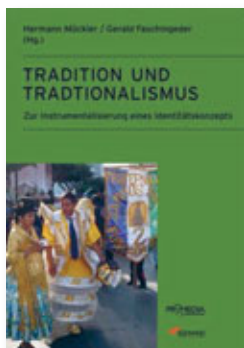
JournalistInnen „Angst vor negativer Berichterstattung“ haben und „Integration als ein heikles und polarisierendes Thema“ sehen. Vereinfacht gesagt: Man ließ das Thema lieber links liegen, weil man es als „zu heiß“ befand. Und überließ den Boulevardmedien das Eindreschen auf die MigrantInnen als Problemgruppe, oder auch das Nachplappern der rechts-rechten „Ausländer-raus“-Sager.

Für eine ausgewogene Berichterstattung, die auch Kontakte zu den unterschiedlichen Migrantengruppen voraussetzt, fehlten jahrzehntelang Ressourcen, aber auch der gute Wille. Mit der Einrichtung des Staatssekretariats ging ein hörbarer Erleichterungsseufzer durch die Redaktionstuben. Jetzt gab es endlich einen Ansprechpartner, eine klare Agenda und obendrauf einen jungen, umtriebigen und für österreichische Verhältnisse vor Ideen und Tatendrang nahezu strotzenden Politiker, der sein Anliegen medienwirksam präsentierte. Alles was man tun muss, ist das Mikro hinzuhalten, den Auslöser zu drücken und ab und zu eine Frage nach „Visionen, Zielen, Plänen“ zu stellen.

„Wir haben sie ja alle lieb, besonders die Braven. Sie sollen brav weiter leisten und dann gibt es auch keine Probleme“, so das grob zugespitzte Stimmungsbild, das Sebastian Kurz medienwirksam über das Zusammenleben in Österreich verbreitet. Kaum ein/e MedienvertreterIn widerspricht oder wagt es, nach Diskriminierung und Gegenmaßnahmen zu fragen. Man ist bescheiden und dankbar

POPULÄRKULTUR

BUCH



Revival of Tradition

„Tradition means giving votes to the most obscure of all classes, our ancestors. It is the democracy of the dead.“ Mit diesem Zitat des englischen Mystery-Autors G. K. Chesterton lässt sich, wie

das im ersten Kapitel von „Tradition und Traditionalismus“ passiert, ganz gut die Problematik von Tradition umreißen. Nicht nur bewegen sich die Lebenden, bewusst oder unbewusst, als TrägerInnen ihrer Ahnen. Sie haben im Bestreben um gesellschaftliche Kontinuitäten auch das Problem, dass sie Mystifizierungen und Unsicherheiten – ist die Überlieferung wahr? – nicht eindeutig klären können. So wird Tradition zum Identitätskonzept, das Menschen und Gruppen eher eigenwillig signifizieren kann. Mit diesem (erlernten) „kulturellen Gedächtnis“ vergewissern wir uns selbst – und gegen andere. Dass diese Funktion ganz unterschiedlich aussehen kann, etwa wenn wir von ehemals kolonisierten Völ-

kern sprechen, ist klar. Im Fall der KolonisorInnen, wie in einem weiteren Kapitel ausgeführt wird, nimmt diese Funktion legitimistische Züge an. Die deutsche Nation schwang sich auch mithilfe traditioneller Konzepte zur Fremdherrschaft über jene auf, denen diese als kulturelle Botschaft verordnet wurde. Die Folgen, egal ob im Kongo, in Algerien oder Syrien, sind bis heute deutlich. In vielen dieser Länder erleben wir postkoloniale Konflikte, in denen all der Zynismus der damaligen UsurpatorInnen noch gut eingelagert scheint. Dass Tradition oftmals auch auf simple „Erfindungen“ zurückgeht, lässt sich im Kapitel über Religion nachlesen. Die Unfehlbarkeit des Papstes ist natürlich nicht gottgegeben, son-

dern wurde einmal beschlossen. Seither machen sich in der katholischen Gesellschaft jene zu AußenseiterInnen, die sie kritisieren. „Tradition und Traditionalismus“ ist ein wissenschaftlicher Band, dessen Beiträge dennoch oft vom Konkreten ihren Ausgang nehmen und damit gut leserlich und nachvollziehbar sind. Im wesentlichen ist diese Veröffentlichung dem „revival of tradition“ geschuldet, wie wir sie jüngst erleben. *red*

H. Mückler, G. Faschingeder (Hg.)
Tradition und Traditionalismus. Zur Instrumentalisierung eines Identitätskonzepts.

Promedia / Südwind
248 Seiten, 24,90 Euro

BUCH



Abrechnung mit Großsprechern

Politische Philosophen aus Frankreich wie Jacques Ranciere („Das Unvernehmen“) und Alain Badiou erfreuen sich nach einer zeitlichen Verzögerung

, bedingt durch teils späte Übersetzungen, enormer Popularität. Ihre Theorien gelten als cool, vor allem auch wegen ihrer radikalen Ansätze. Die Differenz zwischen Politik und dem Politischen spielt bei den „post-strukturalistischen“ Ansätzen eine zentrale Rolle. Dieser Differenz spürt Marchart historisch und im Vergleich dieser Theoretiker analytisch nach. Marchart bezeichnet sie als „Postfundamentalisten“, weil deren Philosophie von der Abwesenheit eines letzten Grundes unserer gesellschaftlichen Fundamente, einer Differenz, ausgehen. Unsicherheiten und Zweifel, „austauschbare“ (jedoch nicht verlorene!) Werte und Identitäten, das Fehlen einer Letzbegründung fordern eine „Neuerfindung“ des Politischen. Die Gesellschaft

selbst muss sich durch Selbstbefragung und -zweifel immer wieder neu konstituieren. Wie Ranciere und Co diese einfordern, ist auch Gegenstand der kritischen Auseinandersetzung mit diesen. Marchart skizziert in einzelnen Kapitel deren Ansätze und kommt über deren Abgleich zu seiner grundsätzlichen Kritik. Marchart zeigt das Falsche auf und arbeitet deren antidemokratische Denkhaltung heraus, weil sie ihre Denkvorstellungen vor allem in der Abstraktion, im Großen und Radikalen ausbreiten und sozialen Bewegungen wie auch Reformen keinen Platz einräumen. Marchart schlägt mit Gramscis „alltäglichem Stellungskrieg“ eine Politik der kleinen Schritte vor, in der sich neue Ansätze basisdemokratisch konstituieren können, anstatt

die Revolution zu beschwören. Mit „Die politische Differenz“ liefert er zudem wohl eine der ersten Darlegungen der französischen Philosophen und deren kritische Betrachtung. *red*

Oliver Marchart
Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben.

Suhrkamp Taschenbuch 2010
392 Seiten, 14,40 Euro

SPOTLIGHT

Polizist und Prediger

Oberstleutnant Josef Böck ist Polizei-Insider und Vereinsobmann von „Fair & Sensibel – Polizei und Afrikaner“. Das Portrait eines Grenzgängers, der polarisiert.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE

Um ein Haar wäre Josef Böck Priester geworden, ein Mann Gottes mit allem was dazu gehört. Gerade das was nicht dazugehört – Ehe und Kinder – waren mit ein Grund, warum sich Böck schließlich gegen das Priesterseminar entschied. Angemeldet war der damals 18-jährige Jüngling aus Schützenhofen im Weinviertel jedenfalls schon. Bei einem freiwilligen Jahr in den Reihen des Bundesheers entschließt sich Böck 1976 schließlich Polizist zu werden. Er wird Streifenpolizist, bildet dann ein Jahr lang Polizeipraktikanten aus. Böck durchläuft alle möglichen Abteilungen: Kriminalpolizei in der Donaustadt, Staatspolizei im Einsatz zur Bekämpfung des Terrorismus. Böck wird Offizier und ist anschließend bei der Staatspolizei für Jugendbandenkriminalität zuständig. Nächste Stationen: Kripochef in Hietzing, dann in Floridsdorf, Tatortchef in Wien, Leiter des Referats für Minderheitenkontakte. Dazwischen – im Jahr 2000 – wird Böck Obmann des Vereins „Fair und Sensibel – Polizei und Afrikaner“. Der Verein wurde gegründet, um für Begegnungen zwischen PolizistInnen und Menschen mit afrikanischen Wurzeln in Österreich zu sorgen, die nicht durch Amtshandlungen geprägt sind. Böcks Job besteht darin „zu präsentieren und zu vernetzen“, erklärt er selbst. Wer Böck sucht, findet ihn meist bei Podiumsdiskussionen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen, wo er hauptberuflich kommuniziert. Das kann der Niederösterreicher gut. Oberstleutnant Böck aka Sepp aka Beppi ist schnell beim Du-Wort und bald beim Wein. Er nimmt kein Blatt vor den Mund. Er lässt sich von niemandem die gute Laune nehmen, sagt



„Dich schickt der Teufel. Geh zurück!“ Zitat Böck.

Böck. Deshalb scherzt er unentwegt. Das kann auch irritieren, wenn etwa Ethnic Profiling oder Diskriminierung zur Diskussion stehen. Seinen KollegInnen hält der Polizist aber solidarisch die Stange. „Es gibt kein Rassismusproblem innerhalb der Polizei“, insistiert Böck. Ein Polizist habe nichts gegen einen Afrikaner, nur weil er schwarz ist, sondern weil er sich von schwarzen Drogendealern „verarscht fühlt“. Aber Böck ist ein Insider. Er weiß sehr genau, wie es im Polizeiapparat aussieht. Er leugnet nicht, dass Polizisten auch über die Stränge schlagen, mitunter die Kontrolle verlieren, Vorurteile haben und in schwarzen Menschen oft DrogendealerInnen orten. Dass Aggressionen innerhalb der Polizei durchaus hochkochen können, bestätigt er mit seiner eigenen Biografie. „Ich habe als Kripochef in Florids-

dorf ein derartiges Aggressionspotenzial gehabt. Nicht nur gegen Afrikaner, auch gegen andere Gruppierungen. Wenn du tagtäglich mit jugoslawischen Wohnungseinbrechern oder polnischen Autoeinbrechern zu tun hast, hast du irgendwann Aggressionen, die fatal sind.“ Und auch er selbst habe nicht immer die Menschenrechte von Verdächtigen geachtet. „Alles Geschichte“, sagt Böck. Heute hat er afrikanische Freunde und Kollegen. Böck ist zuversichtlich: „Begegnung im geschützten Rahmen“ sei die Lösung. Der Polizist beschreibt sich selbst als Grenzgänger. Nicht zuletzt weil er für Vereinsprojekte seine Lebensversicherung als Bonität zur Verfügung gestellt hat. Er glaubt eben daran, dass die Arbeit von „Fair und Sensibel“ Sinn macht.

Wenn Böck etwa die Entlassung der Polizisten, die Bakary J. in einer Lagerhalle gefoltert haben, kritisiert, dann polarisiert er. Sie seien für ihren „massiven Übergriff und schlimmen Fehler“ ohnehin straf- und dienstrechtlich verfolgt worden. Hier hat Böck erstmals kein Verständnis für die Polizei. Man solle sich intern lieber mit den Ursachen auseinandersetzen um solche „Fehlreaktionen“ zu verhindern. Ein Plädoyer hält der Vereinsobmann für die vielen „super integrierten“ AfrikanerInnen. Lediglich 1.000 bis 2.000 seien im Drogenhandel tätig. Und wehe dem, dem Böck begegnet, dem sagt er: „Dich schickt der Teufel. Geh zurück, wir brauchen dich hier nicht!“ Dass er den Leuten diese Worte ins Gesicht sagt, gibt Böck unumwunden zu. Der Predigt eilt aber keine Absolution hinterher. Böck ist schließlich Polizist und nicht Priester geworden.

POPULÄRKULTUR

BEWERBUNG



Videoprojekt über Polizeiarbeit

Für ein Videoprojekt sucht M-MEDIA noch junge Menschen mit Migrationshintergrund, die neugierig sind und einen Blick auf die Arbeit der österreichischen Bundespolizei werfen wollen. M-MEDIA organisiert im Herbst 2012 in Zusammenarbeit mit ADL (Anti-Defamation League) und der Botschaft der USA in Österreich erstmals das Videoprojekt "Polizei und Migranten" und sucht dafür junge, motivierte Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 18 und 30 Jahren.

Mach mit und werde Zeuge/in, InformantIn und RegisseurIn zugleich! Jetzt hast du die Chance, einen Kurzfilm nach deinen eigenen Regeln über die Polizei zu gestalten. Wir wollen wissen, wie du die Arbeit der österreichischen Polizei siehst. Filmische Erfahrung ist nicht nötig, denn du wirst von einem Videocoach unterstützt und kannst hinter die Kulissen der Polizeiarbeit blicken.

Dein Engagement wird auch belohnt. Dein Kurzfilm wird im Rahmen einer Abschlussfeier,

zu der Gäste aus Medien, Politik und VertreterInnen der österreichischen und US-Polizei geladen sind, präsentiert. Außerdem gehört die Kamera, die wir dir zur Verfügung stellen, am Ende des Projekts dir.

Bewirb dich gleich und sag uns in wenigen Sätzen, warum du gern mitmachen willst!

Nähere Infos unter: office@m-media.or.at oder telefonisch unter: +43 1 533 87 47 DW 36, Fax: DW 66.

www.m-media.or.at

WIENWOCHE



Die Stadt ist größer, als du denkst!

29 Gruppen und Personen arbeiten seit Anfang Juni an Themen wie „geschichte neu schreiben“ oder „raum umverteilen“.

Im Rahmen des jüngst ins Leben gerufenen Kulturprojekts „Wienwoche“ zeigen sie vom 21. September bis 7. Oktober ihre Arbeiten. Ausstellungen, Diskussionen, Musik, Film, Performances sind die Ausdrucksmittel.

Abseits der etablierten Kunstszene treten aus den Winkeln und Nischen der Stadt Kulturschaffende mit neuen Produktionsweisen heraus und experimentieren mit ungewöhnlichen Ästhetiken. Die Arbeit in Gruppen ist bei der „Wienwoche“

Programm und Selbstverständnis zugleich. Die Produktionsbedingungen sollen mitverhandelt und im Werk transparent werden; anders als im herkömmlichen Kulturbetrieb, wo oft nur das fertige Werk interessiert.

Mit einem Spiel beäugen die Initiativen planet10 und Rosa Lila Villa den Begriff Diversität kritisch und erproben die Umverteilung von Privilegien in der Gesellschaft. Zudem besetzt die Rosa Lila Villa den öffentlichen Raum: Das Projekt „Widerstandsnest und Garten der

Lüste“ erinnert an die Opfer (nationalsozialistischer) homo- und trans*phober Gewalt und eröffnet darüber hinaus den Blick auf alternative Lebensweisen. Der Künstler Sidy Mamadou Wane beschäftigt sich mit gerechten Lebensbedingungen für alle und drängt auf Umverteilung. In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk KuKuMA fordert er ein globales, bedingungsloses Grundeinkommen – und das mit 1.000 Trommeln als unüberhörbares Signal.

www.wienwoche.org

FILM



Mama illegal

Ed Moschitz, ORF-Redakteur von „Am Schauplatz“ hat einen Dokumentarfilm über drei

Frauen – Aurica, Raia und Nataša – gedreht, die aus Moldawien nach Österreich gekommen sind, um hier – illegalisiert – zu arbeiten. Moschitz: „Man kennt Moldawien kaum, auch wenn es an die EU-Außengrenze schließt und das Dorf, in dem ich gedreht habe, zwanzig Kilometer davon entfernt ist. Das Land hat 4 Millionen Einwohner, wovon eine Million das Land verlassen hat. Die meisten verlassen illegal das Land und sind auf SchlepperInnen angewiesen. Die Zahl

der Auswandernden wird immer größer, es waren am Anfang meiner Beobachtungen 1 Mio., jetzt sind es an die 1,5 Mio. Vor acht Jahren lagen die Preise für die SchlepperInnen bei 1.500 Euro, mittlerweile liegen sie bei 5.000 Euro. Die EU versucht die Grenzen dicht zu machen, doch alle Maßnahmen erscheinen relativ erfolglos, weil die SchlepperInnen und die illegale Wanderung stärker sind. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 80 Prozent, das durchschnittliche Einkommen bei 100 Euro, wo-

bei die Preise in den Lebensmittelgeschäften nicht sehr von unseren entfernt sind. Es ist nur allzu verständlich, dass diese Menschen alles daran setzen, in eine bessere Welt zu kommen.“ (zitiert aus Austrian Film Commission; www.afc.at) Moschitz begleitet die Frauen bei ihrer Rückkehr nach all den Jahren. Sie sieht ganz anders aus als geplant. Die Kinder erwachsen, die Ehemänner entfremdet. Die Familien drohen endgültig zu zerfallen. Kinostart am 28. September 2012.

POPULÄRKULTUR

BUCH

Halbe Freiheit

Liberal-Konservative wie Joachim Gauck fallen jüngst durch ihr Bekenntnis zur Freiheit auf. Die Frage, die den Autor Robert Misik interessiert, ist, warum das so wichtig geworden ist. Ist Freiheit in Mitteleuropa neuerdings bedroht? Oder geht es um wirtschaftsliberale Interessen, die nun in einen eigenartigen Gegensatz zu Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit gestellt werden? Wie das eine ohne das andere nicht denkbar ist, führt Misik in seiner Publikation aus. Er erklärt das teils utilitaristisch, teils moralisch eingesetzte Verständnis von Freiheit bei den Konservativen und stellt im zweiten Teil die Frage nach den Konditionen der Freiheit progressiver Kräfte heute. Misik bezieht sich vor allem auf die US-Debatte. Die Forderung des Kommunitaristen Michael Walzer nach

Führung durch die Begabten erhält ebenso Raum wie der verstorbene US-Philosoph Robert Nozick (er wurde als Antagonist der Kommunitaristen bekannt), dessen Name für die anarchischen, also völlig freigesetzten Kräfte des Kapitalismus schlechthin stand. *red*

Robert Misik
Halbe Freiheit. Warum Freiheit und Gleichheit zusammen gehören.
 Suhrkamp-Verlag, Berlin
 64 Seiten, 6,20 Euro



Foto: Sebastian Seidl

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Valerica Pacuraru, 26, ist Kolporteur von MO – Magazin für Menschenrechte.

5 Dinge, die ich in meinem Leben erreichen möchte / 5 Lucrurile, care vreau sa ajung in viata mea:

- 1 eine gesunde Familie / o familia sanatoasa
- 2 ein langes Leben / o viata lunga
- 3 viel Geld / mai mult de bani
- 4 ein Auto / o masina
- 5 dass meine Familie und ich in den Himmel kommen / vreau sa ajung la don Jesus in cerul cu familia mea

5 Dinge, die sich ändern sollten / 5 Lucruri pe care ar trebui schimbat:

- 1 eine neue Ausgabe vom MO – Magazin/ MO noua
- 2 ich möchte in Österreich bleiben / raman in Austria
- 3 mit der ganzen Familie zusammensein / sa fie cu intreaga familia
- 4 weniger Arbeit/ mai putin de munca
- 5 mehr Geld/ mai mult de bani

Und sonst?/Mai altceva?

„... dass sie mir in Österreich helfen. Ich habe kein Geld, keine gute Arbeit aber eine Familie.“

„... ca ma ajuta in Austria. N-am bani. Nici N-am un loc de munca, dar am familia.“

Übersetzung: Teresa Waitzer



■ **Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.**

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)



**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at
Post SOS Mitmensch, Zöllergasse 15, A-1070 Wien

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

ARBEITSERLAUBNIS FÜR ASYLSUCHENDE

Kampagnenerfolg: Jugendliche bekommen eine Chance!

Der Plattform „Machen wir uns stark“ ist mit der Kampagne für den Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden ein wichtiger Etappensieg gelungen: Jugendliche Asylsuchende bis 18 Jahre erhalten zum Teil wieder Zugang zu Lehre und Arbeitsmarkt für Asylsuchende durch einen Erlass des Sozialministeriums blockiert. Die Auswirkungen dieses Erlasses sind katastrophal: Menschen werden

für Jahre aufs Abstellgleis gestellt, dequalifiziert und ihrer Perspektiven beraubt. Nun hat sich die Politik ein klein wenig bewegt. Doch es müssen weitere Schritte folgen. Denn der Ausschluss hier lebender Menschen vom Arbeitsmarkt ist unmenschlich und unvernünftig. Der Kampagne haben sich bereits mehr als 120 Organisationen und über 8.000 UnterstützerInnen angeschlossen. Sie wird fortgesetzt.



Rudert die Politik wieder zurück? Den Jugendlichen soll nur eine Lehre in „Mängelberufen“ angeboten werden.

AUFENTHALTSSICHERHEIT UND MENSCHENSCHUTZ

Bleiberechtfolg und Bundesamtsflop

Aufgrund des permanenten Drucks der Zivilgesellschaft wurde von Regierung und Parlament eine Erleichterung beim Zugang zum Bleiberecht beschlossen. Nach einem fünfjährigen durchgängigen Aufenthalt in Österreich (mindestens drei Jahre davon rechtmäßig) kann ein Aufenthaltstitel verfügt werden, auch wenn bereits ein aufenthaltsbeendendes Verfahren läuft. Dass es inmitten einer Verschärfungspolitik gelungen ist, Verbesserungen beim Bleibe-



recht durchzusetzen, ist ein beachtlicher Erfolg der Zivilgesellschaft. Diesem positiven Schritt stehen jedoch auch eine Reihe an geplanten Verschlechterungen für Asylsuchende rund um die Einführung des neuen „Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl“ gegenüber. Asylsuchende werden sich in Zukunft entgegen europarechtlicher Vorgaben über weite Strecken ihres Verfahrens ohne Rechtsvertre-

tung durch den immer undurchschaubarer werdenden Gesetzesdschungel kämpfen müssen. Auch die Aufweichung der Aufenthaltsverfestigung sowie erweiterte Möglichkeit der Anhaltung von Asylsuchenden wurden von ExpertInnen scharf kritisiert. Asylsuchende und andere Nicht-StaatsbürgerInnen werden von der Politik noch immer in erster Linie als Sicherheitsrisiko und Fremdkörper betrachtet, wie auch schon der Name des neuen Amtes vermittelt. Die Konsequenz sind behördliche Fehlentscheidungen und menschliche Härtefälle.

Intakte Familien werden zerrissen

Wenn der dramatische Appell einer jungen Mutter, ihre intakte Familie nicht durch eine Abschiebung zu zerreißen, ungehört verhallt, dann läuft etwas falsch in Österreich. Lebenspartnerinnen außer Landes zu schaffen und Kinder eines Elternteils zu berauben, ist ein Akt staatlicher Verantwortungslosigkeit.
www.sosmitmensch.at/stories/6751

Grundversorgung wird erhöht

Innerhalb weniger Tage wurden mehr als 1.700 Protestmails gegen die Unterversorgung von Asylsuchenden an die Innenministerin und die neun Landeshauptleute abgeschickt. Die Protestwelle hat Wirkung gezeigt: Das Innenministerium hat angekündigt, den seit 2004 nicht mehr valorisierten Grundversorgungssatz anzuheben.

Aktionstag: Es reicht – für ALLE!

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ lädt im Rahmen eines österreichweiten Aktionstages zur Präsentation des dritten Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets. Wir sagen: „ES REICHT – FÜR ALLE!“
Samstag, 6. Oktober
14:00 - 18:00
am Wiener Spittelberg
www.wege-aus-der-krise.at



ANDERE ÜBER ...

Das System Haider

Der Psychologe Klaus Ottomeyer zur Frage, warum viele Menschen das Offensichtliche nicht sehen wollten.



Illustration: Petja Dimitrova

Wie das System Haider psychologisch funktioniert hat, ist nicht so schwer zu verstehen. Haider hat die Wünsche der Menschen nach einer schöneren und besseren Welt auf die eine Bühne gebracht. Das war die Vorderbühne. Auf der Hinterbühne hat er seine AnhängerInnen ausgenommen. Für seinen unbändigen Narzissmus, aber auch finanziell. Möglicherweise hat er sich dabei auch manchmal ins Fäustchen gelacht. Nicht selten brachen Skandale auf. Aber Haider konnte potentielle KritikerInnen durch einen blitzschnellen Wechsel von charmanter Einverleibung und persönlicher Bedrohung unter Kontrolle halten. Die Rollen, die auf der öffentlichen Bühne gegeben wurden, waren: Der Robin Hood, der für Gerechtigkeit sorgte und die kleinen Leute an den Freuden des Abschusses von vorgezeichneten GegnerInnen teilnehmen ließ. Der sportliche Neo-Macho, der eine schwärmerische und unkritische Verliebtheit bei weiblichen wie männlichen Fans bewirkte – und zwar auch bei solchen, die zunächst als KritikerInnen angetreten waren. Dann: Der „Bierzelt-Sozialist“, den man – obwohl Gutbesitzer und Mitglied der herrschenden Klasse – duzen konnte, sodass ein Gefühl von Gleichheit entstand. Dazu kam eine Art Großgruppen- und Familientherapeut, der (z. B. beim Ulrichsbergtreffen) den Angehörigen der „Kriegsgeneration“ - inklusive Waffen-SS und ihren Nachfahren - das Gefühl gab, dass Schuld- und Schamgefühle in Bezug auf die Teilnahme am Nazi-Projekt absolut nicht nötig sind. Gesamtösterreichisch kam der Robin Hood nach Beginn der schwarzblauen Koalition in eine Krise, weil von Wien aus (mit Haiders Leuten in der Regierung) soziale Kürzungen durchgesetzt wurden. In Kärnten konnte Robin Hood sich erhalten, weil er jetzt Pfeile nach Wien abschießen konnte, den armen Leuten persönlich Geldgeschenke übergab und allen KärntnerInnen den ihnen zustehenden Reichtum versprach. Außerdem hatten sich in Kärnten (einem Land mit vielen broken-home-Familien) immer schon viele Menschen nach einem zuverlässigen Vater gesehnt, der zurückkommt, auch wenn er mal mit Weggang droht. („Bin schon weg, bin

wieder da.“) Und viele waren nach all den Jahren gerührt, weil sie glaubten, dass Haider sie ganz persönlich kennt, und dass er, wie Nachfolger Dörfler gesagt hat, jedem Kärntner mindestens einmal die Hand geschüttelt hat. Umarmung, körperliche Nähe, Biertrinken, auch eine leichte Erotisierung des Kontakts taten ein Übriges. Die Anhänger gingen mit ihm auf Höhenflug – und verloren mit ihm die Bodenhaftung. Die wichtigste Inszenierung war in Kärnten der Big Spender, der in einer letztlich unfinanzierbaren Brot und Spiele-Politik den Landeskindern eine Seebühne, zahllose Events, das gewaltige Fußballstadion in Klagenfurt usw. schenkte. Das wachsende Finanzloch im Hintergrund wurde überspielt und sollte schließlich mit dem „genialen“ Verkauf der Hypo-Bank gestopft werden. Parallel zu diesen Inszenierungen betätigte sich Haider mit seinen Leuten als bedrohlicher Hausreiniger und Sheriff. „Wir säubern Graz“ (nämlich von „Asylanten“, „Bettlern“, „Ostkriminellen“) hieß es im Grazer Wahlkampf und in Kärnten wurden zu Unrecht der Gewalttätigkeit beschuldigte TschetschenInnen (darunter Babys und Kleinkinder) „abgeschoben“. Solche Aktionen gaben ebenso Zusammenhalt wie die 2006 wieder verschärft hergestellte Ausgrenzung des Slowenischen in Kärnten – wobei ja mehr als die Hälfte aller Kärntner Familien slowenische Vorfahren haben. („Für die endgültige Lösung der Ortstafelfrage“ und „Kärnten wird einsprachig.“) Das war alles sichtbar und mit gerichtlich festgestellten Rechtsbrüchen verbunden. Die Hauptfrage in Bezug auf die Psychologie des Systems Haider ist: Warum *wollten* viele Menschen das Offensichtliche nicht sehen? – Haider hatte sie, wie es ein klassischer Betrüger tut, eingewickelt. Daran hatten beide Seiten ihre Freude. Später schämt man sich und möchte die eigenen Verführbarkeit nicht wahrhaben: In den Worten der Kriminalpsychologin Heidi Möller: „Betrüger sind ausgezeichnete Menschenkenner. Sie sehen sofort ungestillte Bedürfnisse ihres Gegenüber, die sie – und nur so funktioniert das Delikt – scheinbar stillen.“

ZUR PERSON

Klaus Ottomeyer

Klaus Ottomeyer, 1949 in Frankfurt am Main geboren, ist Psychotherapeut und seit 1983 Professor am Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt. Er ist Leiter der Beratungsstelle **Aspis**, die Menschen nach Verbrechen, schweren Unfällen, Folter und Kriegstraumatisierungen hilft. Ottomeyer ist Autor zahlreicher Bücher, u. a. „Die Behandlung der Opfer“ (Klett-Cotta 2011), „Look I am a Foreigner“ (Hg; Drava 2010), „Die Haider Show“ (Drava 2000), „Kriegstrauma, Identität und Vorurteil“ (Drava 1997), „Lebensdrama und Gesellschaft“ (Deuticke 1987).

2010 erschien sein Buch „Jörg Haider – Mythos und Erbe“ im Haymon Verlag



DIE VIELEN SEITEN DES Ö1 CLUB. DIESMAL:



EINE UNSERER CLUBGARNITUREN.

**Ö1 CLUB-MITGLIEDER HABEN ES GUT:
SIE SETZEN AUF DIE NUMMER 1
IN SACHEN KULTUR UND ERHALTEN
BEI MEHR ALS 600 KULTURPARTNERN
ERMÄSSIGUNGEN.**

**(SÄMTLICHE Ö1 CLUB-VORTEILE
FINDEN SIE IN OE1.ORF.AT.)**

Ö1 GEHÖRT GEHÖRT. Ö1 CLUB GEHÖRT ZUM GUTEN TON.

ORF

1

**ÖSTERREICH 1
CLUB**

UN

RECHT

Damit wir uns weiterhin für die Rechte aller Menschen einsetzen können

PSK 91000590, BLZ 60000

DANKE!



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar

www.sosmitmensch.at



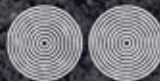
INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE

this human world 2012

29. NOV.
BIS 10. DEZ.

GARTENBAU TOPKINO
SCHIKANEDER FILMCASINO

this
human
world



www.thishumanworld.com